Nr. 268. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 15. November 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Zur Weltlage.

Ueber den Ernst der Weltlage macht man sich nirgends mehr Täuschungen. Und in Deutschland waren die Täuschungen tief eingewurzelt. Seit Jahr und Tag hat ein Theil unserer Presse, und zwar der größere Theil — die Mehrzahl der fortschrittlichen und bürgerlich-demokratischen Presse mit eingerechnet — dem deutschen Volk eingeredet und einzureden versucht, daß England eine verfallende Macht sei, daß es die Ueberlegenheit des russischen Nebenbuhlers kenne und sich nicht mehr stark genug fühle, ihm mit den Waffen in der Hand entgegenzutreten, und daß es, wenn Rußland ihm einmal einen besonders empfindlichen Streich versetzt hat, wohl einen donnernden Protest erlasse und berserkerhaft mit dem Dreizack schüttele, dann aber, seiner Ohnmacht gedenkend, vor dem tapfer angedrohten Schlag zurückschrecke. So lange ist uns das vorgeredet worden, daß die Masse unseres Volkes es geglaubt hat; und das Gleichniß Bismarck's, der für die Weltpolitik stets sehr wenig Verständniß gehabt hat, vom Walfisch und Bären, die einander wohl hassen aber nicht ernsthaft zu Leib gehen könnten, wurde im ganzen für richtig gehalten, und es empfing auch durch manche Ereignisse der letzten Jahre anscheinende Bestätigung.

Jetzt, wo England den Dreizack nicht blos schüttelt, sondern auch aller Welt dessen gigantische, jeden Vergleich mit anderen Seemächten ausschließende Größe zeigt, und seine Fähigkeit, ihn zu schwingen — jetzt, angesichts der riesenhaften Kraftentfaltung Englands, in diesem Moment hat sich ein Umschwung des Urtheils vollzogen.

Daß eine solche Kraftentfaltung, daß solche Rüstungen, die Millionen von Pfund Sterling kosten, nicht blos Spielerei, nicht blos eitel Renommisterei sind, das sagt jedem der gesunde Menschenverstand. Und wer noch Zweifel hat, den belehrt ein Blick auf das englische Volk. Je zivilisirter ein Volk, desto mehr Abneigung hat es gegen den Krieg, weil es unter dem Krieg weit mehr zu leiden hat als ein barbarisches oder halbbarbarisches Volk. Das hat schon Macaulay und nach ihm Buckle dargelegt und des näheren ausgeführt. Der Russe, oder sagen wir richtiger: der russische Bauer hat keinen Abscheu vor dem Kriege — er lebt im Frieden so elend, daß er durch den Krieg nichts verlieren kann. Der Zar ist für ihn der Stellvertreter Gottes auf Erden — ruft der Zar, so zieht er ohne zu murren in den Krieg, und vom Schwert des Feindes oder der Pestilenz des Krieges weggerafft zu werden, ist für ihn wahrhaftig keine schlimmere Aussicht, als im Frieden langsam zu verhungern und der Pestilenz des Hungertyphus zum Opfer zu fallen, den der allmächtige und allgütige Zar, Stellvertreter Gottes auf Erden, zur dauernden Institution des Knutenreiches gemacht hat.

Anders der Engländer, für den der Krieg das Aufgeben unzähliger Wohlthaten und Vortheile des Friedens bedeutet, von denen die Masse des russischen Volkes keinen Begriff hat. Er entschließt sich nur schwer zum Krieg. Wir meinen zu einem Krieg mit einem fremden Großstaat. Kolonialkriege, welche die Nation als Ganzes selten und vergleichsweise wenig in Mitleidenschaft ziehen, gelten nicht als eigentliche Kriege — sie gelten als unvermeidliche Folgen des Kolonienbesitzes, die in Kauf genommen werden müssen.

Vor dem letzten Krieg mit Rußland brauchte John Bull drei Jahre, ehe sein „Blut im Kochen" war. Diesmal hat er längere Zeit gebraucht, denn diesmal handelt es sich auch um einen viel größeren Krieg — aber „das Blut hat jetzt auch die nöthige Siedehitze" — darin stimmen alle irgend verläßlichen Nachrichten aus England überein. Und wir selbst haben von urtheilsbefähigtster Seite die Nachricht, daß die Erbitterung gegen Rußland in allen Volksschichten eine Höhe erreicht hat, ähnlich, ja noch intensiver, wie vor Ausbruch des Krimkriegs. Leider auch Erbitterung gegen Frankreich.

Kurz, der Krieg zwischen Rußland und England ist in greifbare Nähe gerückt, und der grelle Kontrast dieser Thatsache mit der anderen Thatsache, daß die nämliche Macht, durch deren wahnsinnige Eroberungssucht die Kriegsgefahr heraufbeschworen wird, vor wenigen Monaten die Einladungen zu einem Friedens- und Abrüstungs-Kongreß erlassen hat, bringt uns die Verlogenheit und Unnatürlichkeit der offiziellen Welt von heute, und die Wahrheit des Satzes, daß wir in der Aera der politischen Heuchelei leben, zu brennend lebendigem Bewußtsein.

Doch wir wollen uns hier nicht in allgemeinen Betrachtungen, noch weniger in politischen Kombinationen ergehen, die stets mehr oder weniger Kannegießerei sind.

Die zwei Spieler am Schachbrett sind England und Rußland. Daß die englischen Kriegsvorbereitungen nicht gegen Frankreich gerichtet sind, ergiebt sich zur genüge aus der Nachgiebigkeit Frankreichs, die in dem gegenseitigen Machtverhältniß ihre ausreichende Erklärung findet. Wird die Schachpartie noch eine Zeit lang von den Männern der Diplomatenfeder oder wird sie unmittelbar von den Männern des Schwertes gespielt werden? Das können wir natürlich nicht wissen. Es scheint, daß die russische Diplomatie über das plötzliche Aufkochen des Zornes in England erschreckt ist, allein es fragt sich sehr, ob ein Zurückweichen noch möglich. Gewiß nicht mehr auf lange. Ist man in England sich doch vollkommen klar, daß Rußland, trotz alles Gepolters bei weitem nicht so gerüstet ist, wie England, und daß es daher im Interesse Englands liegt, den Entscheidungskampf, der doch gekämpft werden muß, je früher je lieber zu kämpfen.

Ueber das Kräfteverhältniß beider Weltreiche, über die Chancen hüben und drüben, über die Folgen des Eintrittes der Vereinigten Staaten in die Arena der Weltpolitik heute kein Wort.

Nur einige kurze Bemerkungen über die Stellung der übrigen Großmächte zu den sich vorbereitenden Ereignissen.

Weder Deutschland, noch Oesterreich, noch Italien haben an sich irgend einen Grund, in die endgiltige Auseinandersetzung zwischen Rußland und England sich einzumischen. Und sind die Regierungen der drei Länder nur halbwegs klug, so werden diese in den Krieg nicht hineingerissen werden. Zum Glück hat die deutsche Regierung in neuester Zeit sich dem Drängen der Junker, die uns im Interesse des Absolutismus und des Zarenthums in Konflikt mit England zu bringen bemüht sind, widersetzt und freundschaftlichere Beziehungen mit England erstrebt und erreicht.

Aus der Kiautschou-Mausefalle, in welche die Reichsregierung, verlockt und verblendet durch das Irrlicht einer antiquirten Kolonialpolitik einen Theil unserer Flotte gesteckt hat, lassen unsere Schiffe sich hoffentlich noch rechtzeitig herausschaffen; und wenn sie, vom Kriege überrascht, hübsch außer Schußweite der englischen Kanonen bleiben, droht ihnen wohl auch keine ernste Gefahr.

Jedenfalls kann Deutschland nicht ohne seine eigene Schuld in den Krieg verwickelt werden, einen Krieg, dem die Reichsregierung unseres Erachtens sehr wohl hätte vorbeugen können, wenn sie durch ihre Hinneigung zu Rußland und durch die unglückliche Flottensendung nach Kiautschou die russische Diplomatie nicht zum Vorgehen in Ostasien ermuntert hätte.

Zweifelhaft ist nur die Haltung Frankreichs. Wird der russische Einfluß, trotzdem er sehr abgenommen hat, doch noch stark genug sein, um die Theilnahme am Kriege zu erwirken? In Afrika und Asien stößt englischer und französischer Einfluß ja vielfach aufeinander; doch bei vernünftiger Erwägung muß jeder Franzose zur Erkenntniß kommen, daß Frankreich als russischer Bundesgenosse weit mehr auf das Spiel setzt, als die russische Bundesgenossenschaft werth ist. Indeß das ist Sache der Franzosen.

Für Deutschland, das führten wir schon vor Jahren aus gegenüber dem Phantom des „Kriegs mit zwei Fronten", den Caprivi aufmarschiren ließ, um die neue (jetzt alte) Militärvorlage durchzudrücken — für Deutschland ist ein Krieg gegen Frankreich und Rußland zusammen weniger gefährlich, als ein Krieg gegen Frankreich allein sein würde, wenn England nicht unser Freund wäre. Denn in diesem Fall, den herbeizuführen unsere Junker und Wasser- und Land-Chauvinisten sich seit Jahrzehnten alle erdenkliche Mühe geben, wären wir durch die weit überlegene Flotte Frankreichs von der See und von allen überseeischen, für die Ernährung unseres Volkes und unserer Armee unentbehrlichen Getreidezufuhren abgeschnitten, und dadurch kämen die Franzosen in einen Vortheil, den auszugleichen für uns äußerst schwierig sein würde. Im Falle eines Krieges mit Frankreich und Rußland dagegen hätten wir unzweifelhaft die direkte oder indirekte Unterstützung Englands. Würde England auch nicht unser aktiver Bundesgenosse, so würde es doch unter allen Umständen die See für uns offen halten und wir wären im stande, ohne sonderliches Risiko mit unseren kolossal entwickelten Militärkräften uns der französischen (und für den Angriffskrieg, nicht der Zahl, aber der Stärke nach, enorm überschätzten) russischen Armee gleichzeitig zu erwehren und jeden Einbruch in deutsches Gebiet wirksam zu verhindern.

So ist demnach bei absoluter Neutralität des Deutschen Reichs die Möglichkeit und sogar wohl die Gewißheit vorhanden, daß Deutschland von der Kriegsfurie verschont bleibt. Durch Flotten- und Heeresvermehrungen kann der Gefahr nicht vorgebeugt werden. Unsere Armee reicht für alle erdenklichen Fälle aus; und keine irgend mögliche Flottenverstärkung kann die Ueberlegenheit der französischen Flotte aufheben. Eine den Interessen des Volkes entsprechende Friedenspolitik allein kann die drohenden Gefahren beschwören, während militaristische, auf den Säbel pochende Gewaltpolitik die Lage nur verschimmern kann. Die Regierung zu einer Friedenspolitik hinzudrängen, für die Durchführung absoluter Neutralität in dem sich vorbereitenden Kampf zwischen England und Rußland zu sorgen, und das landesverrätherische Treiben der Junker, die Deutschland zum Vasallen Rußlands herabwürdigen wollen, um jeden Preis und mit allen Mitteln zu vereiteln, das ist Sache des deutschen Volks.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Zu Herrn v. Heyl's Plänen. Die Nachricht des „Berliner Tageblatts", von welcher auch der „Vorwärts" Kenntniß nahm, nach der Herr v. Heyl und seine süddeutschen Parteigenossen sich in Heidelberg über ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie verständigten, entspricht trotz aller Dementis der Wahrheit. Herr v. Heyl macht zwar, seitdem er wieder in den Reichstag kam, viel in Arbeiterfreundlichkeit und bekanntlich hat er in Angelegenheiten der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen mehrfach das Wort genommen und vernünftige Anträge vertreten. Aber dieser Eifer für sozialreformerische Maßregeln ist ein sehr einseitiger und macht sofort Halt, sobald es sich um allgemeine Reformmaßregeln handelt, wie sie z. B. von der Sozialdemokratie gefordert werden. Alsdann hält er es mit seinem Freunde Stumm, dem er sich kongenial fühlt.

Es ist auch nicht ganz richtig, wenn er in jenem Artikel als ein kleiner Stumm bezeichnet wird. Herr v. Stumm kommandirt zwar über erheblich mehr Arbeiter als Herr v. Heyl, aber ihr Einkommen ist ziemlich das gleiche, weil Herrn v. Heyl's feine Lederfabrikate, für die er fast ein Monopol hat, eine höhere Profitrate abwerfen, als die groben Eisenfabrikate des Herrn v. Stumm.

Letzterer wird in den preußischen Steuerlisten mit einem Jahreseinkommen von ca. 2 Millionen Mark aufgeführt. Herr v. Heyl in der hessischen Steuerliste mit einem Jahreseinkommen von ca. 1¾ Millionen Mark. Beide gehören also zu den Auserwählten der Auserwählten. Aber auch in ihrer Meinung wie in ihrer Furcht vor der Sozialdemokratie stimmen beide überein, nur daß Herr v. Heyl der Geschicktere ist und seine Gesinnung nicht in der rücksichtslosen und plumpen Art seines Freundes, des Herrn v. Stumm, zur Schau trägt. Beide sind aber entschiedene Anhänger von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie und beide sind sehr einflußreiche Personen. Herr v. Stumm in Preußen, Herr v. Heyl in Hessen und Baden. Bei dem Eifer, den auch der Großherzog von Baden für Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie besitzt, ein Eifer, der sich noch gesteigert hat, seitdem seine Residenz und zwei andere Wahlkreise seines Landes sozialdemokratisch im Reichstag vertreten sind, ist anzunehmen, daß die Heidelberger Konferenz mit Wissen und im Einverständniß desselben, wenn nicht auf seine Anregung zusammentrat. Wie ernst Herr v. Heyl die sozialdemokratische Gefahr einschätzt, dafür spricht, daß er nach seinem eignen Geständniß ein Gut, das er in der Gegend von Romanshorn (Schweiz) von seinem Vater erbte, hauptsächlich deshalb konservirt, um einen Zufluchtsort zu haben, falls es im Deutschen Reiche ihm nicht mehr geheuer erscheinen sollte. Der Vernunftmonarchist hält es in der Noth auch mit den Republikanern.

Bei solchen Gedanken und Anschauungen von den Zuständen in Deutschland erklärt sich die Unruhe in den Kreisen der Herren v. Stumm, Heyl und Genossen; sie sehen bereits kommen, woran man in sozialdemokratischen Kreisen nicht einmal gedacht hat. Der Besitz macht ängstlich und übervorsichtig, das zeigt sich hier wieder schlagend. —

Der nahende Krach. Der „Deutsche Oekonomist" vom 5. November 1898 enthält einen Artikel, betitelt: „Die Großbanken", der folgendermaßen beginnt:

„Wenn nicht alle Zeichen trügen, so werden unsere großen Banken in nicht mehr ferner Zeit die Probe darauf zu bestehen haben, wie sich ihre neueste Entwickelung unter außergewöhnlichen Verhältnissen, u. a. in einer schweren industriellen Krisis, bewähren wird. Noch zwar lauten die Berichte über den Gang der Industrie durchweg günstig, und wir wollen uns kein Urtheil darüber gestatten, wie lange dieser günstige Zustand noch dauern kann; aber das ist doch zweifellos, daß es sich immerhin hierbei nur um eine verhältnißmäßig kurze Zeit handeln kann, die auch der größte Optimist wohl nicht über ein bis zwei Jahre in Aussicht nimmt, die der Pessimist aber nur noch nach Monaten bemißt. Jedenfalls ist nach dem immensen Aufschwung der industriellen Leistungsfähigkeit, welche der dauernden Verbrauchsfähigkeit weit vorausgeeilt ist, eine Periode zu erwarten, welche dem Ausgleich zwischen Produktion und Konsum gewidmet ist und alle Merkmale einer Krisis an sich trägt."

Im weiteren führt der Artikel aus, daß sämmtliche große Banken direkt mit Engagements für große und weit in die Zukunft gehender Unternehmungen belastet sind, daß im Falle eines Krachs wohl die Frage entstehen dürfe, ob sie diesem gewachsen seien. Insbesondere sei erforderlich, daß die Gesetzgebung dahin geändert werde, daß die Banken gezwungen würden, den Depositenverkehr streng vom übrigen Bankverkehr zu trennen.

Aehnliche pessimistische Anschauungen enthält der letzte Londoner „The Economiste", der die wirthschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten und England mit ungünstigen Augen ansieht.

Kommt der Krach, so werden wie immer die Arbeiter die Hauptkosten zu tragen haben. —

Gepfeffert mit allerlei Neuforderungen wird der neue Militäretat erscheinen. Während noch in der vorigen Reichstagstagung der Kriegsminister v. Goßler erklärt hat, es sollen für die nächste Zeit nur Forderungen gestellt werden behufs der Neuorganisation der Feldartillerie, hat Moloch Militarismus derweilen einen ganzen Sack voll Wünsche ausgeschüttet. Kaum ein einziges Gebiet unseres Militärwesens, das nicht „Verbesserungen" erfahren soll, das nicht neue bedeutende Kosten verlangt!

Um die bitteren Pillen, die da verabreicht werden sollen, etwas zu verzuckern, heißt es nun, die Regierung werde nicht alles mit einmal fordern, sondern von Jahr zu Jahr etwas. Wie hoch müssen da die Forderungen der Regierung sein, wenn sie es nicht wagt, dem deutschen Volke, das doch in Anforderungen für den heiligen Militarismus so unendlich viel gewöhnt ist, das ganze Gericht auf einmal aufzutischen!

Es sollen die aus den Halbbataillonen im vorigen Jahre gebildeten Bataillone auf den „mittleren Etat“ gebracht werden.

Schon das erfordert eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke. Ferner aber wird — abgesehen von der Neuorganisation der Feldartillerie — die Schaffung von drei neuen Telegraphenbataillonen und eine Vermehrung der Kavallerie beabsichtigt. In welchem Umfrage die Kavallerie vermehrt werden soll, weiß man noch nicht und es rathen einige Blätter, die etwas gehört haben wollen, auf eine Gesammtvermehrung der Friedenspräsenz von 15 000 — 40 000 Mann.

Es dürfte sich also möglicherweise um eine oder mehrere Vorlagen handeln, die hinter derjenigen des Grafen Caprivi von 1893 kaum zurückstehen wird, um derentwillen der Reichstag aufgelöst wurde und gegen die sich die große Mehrheit des Volkes erklärt hat. Dazu stehen aber auch bedeutende Neuforderungen im Marine- und Kolonial-Etat bevor. Kiautschou-„Leimstadt“ wird einen ganzen Verwaltungsapparat beanspruchen zu all den übrigen Millionen, die zur Urbarmachung des chinesischen Deutschlands erforderlich sind.

Kurz, der Militarismus wird dem deutschen Volke wieder eine reizende Rechnung aufmachen. Wie wird sich der Reichstag dazu stellen?

Zentrumsblätter sagen jetzt, es müsse mit Entschiedenheit jedem Versuch entgegengetreten werden, aus der ferneren Beibehaltung der zweijährigen Dienstzeit ein Handelsobjekt für die Durchbringung neuer starker Militärforderungen zu machen. Leider hat das Zentrum so oft schon seine Zustimmung zu Militär- und Marineforderungen mit einer gleichen entschiedenen Opposition eingeleitet. —

Die Ausweisungen aus Schleswig, über die wir in unseren Nummern vom 28. Oktober und vom 3., 8., 9. und 10. November berichtet haben und denen seitdem weitere gefolgt sind — im ganzen jetzt über Hundert — haben ausnahmslos Personen betroffen, die politisch nie eine Rolle gespielt haben. Trotzdem ist, wie sich nachträglich herausstellt, die Parteipolitik doch diesen Ausweisungen nicht fremd.

Aus Nordschleswig erhalten wir, von zuverlässiger Seite, folgende Mittheilungen:

„Infolge der letzten Landtagswahl sind in Nordschleswig massenhafte Ausweisungen, zumeist von dänischen Arbeitern und Dienstleuten verfügt worden. Dänisch, — nicht dänische Staatsangehörige, wenigstens nur ein Theil, sondern zum Theil preußische Staatsangehörige dänischer Abstammung.

Die meisten der Ausgewiesenen haben sich entweder an Versammlungen des dänischen Protestkandidaten Hansen betheiligt, oder sie haben bei den Wahlen diesem ihre Stimme gegeben. Die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe hat sie ans Messer geliefert.“

So weit unser Gewährsmann. Der Umstand, daß preußische Staatsangehörige aus Preußen ausgewiesen werden könnten, erscheint kaum glaublich. Trotzdem ist es wahr. Mit wenigen Ausnahmen sind die Ausgewiesenen Kinder des Landes, in Schleswig geboren und erzogen; und zum Theil haben sie in der deutschen Armee gedient und in den Landtags-Wahllisten gestanden — wurden also auch von den Behörden als preußische Staatsbürger und Reichsangehörige betrachtet.

Das schier Unerklärliche erklärt sich durch den Wiener Vertrag von 1864, der Schleswig-Holstein an Preußen überlieferte. In einer Klausel dieses Vertrages wurde festgesetzt, daß es 6 Jahre lang nach Abtretung Schleswigs den militärpflichtigen Schleswigern freistehe, im dänischen Heere zu dienen, ohne daß sie ihrer Staatsbürgerrechte in Schleswig beziehentlich Preußen verlustig gingen. Diese Bestimmung, sowie andere Bestimmungen, durch welche die Dänen Nordschleswigs eine Art staatsbürgerlichen Zwitterdaseins erhielten, wurde durch eine preußisch-dänische Uebereinkunft im Jahre 1872 bestätigt.

An der Thatsache, daß einige der Ausgewiesenen blos deshalb ausgewiesen worden sind, weil sie bei der letzten Landtagswahl für den dänischen Kandidaten gestimmt haben, ist nicht zu zweifeln. Und wir empfehlen diese Thatsache der Aufmerksamkeit derjenigen unserer Genossen, die bei der letzten preußischen Landtagswahl die Entdeckung gemacht zu haben glaubten, die öffentliche Stimmabgabe sei nicht so gefährlich, als man vorher allgemein angenommen.

Jedenfalls sind diese Ausweisungen für Deutschland geradezu eine Schmach, sie stellen uns Rußland an die Seite und werden im Reichstag sicher zur Sprache kommen. —

Zur Anarchistenkonferenz wird es an Material doch so erheblich fehlen, daß die italienische Regierung sich beeilen muß, etwas herbeizuschaffen, wenn sie beim Empfange ihrer Gäste nicht mit leeren Händen dastehen soll. Nur so erklärt sich die folgende Depesche aus Turin vom 18. November: Das 4. Bersaglieri-Regiment erhielt von einem aus diesem Regiment desertirten Soldaten einen Brief, worin der Deserteur mittheilt, er sei Anarchist und beabsichtige, auf den Prinzen von Neapel ein Attentat auszuführen. Wie die „Italie“ mittheilt, wandte sich der Vatikan an die mit ihm enger liirten Mächte mit dem Ersuchen, sie möchten den Versuch machen, es durchzusetzen, daß die Anti-Anarchistenkonferenz in Florenz zusammentrete. Die „Italie“ fügt hinzu, dieser Schritt sei in sehr höflicher Weise ohne Erwähnung des Vatikans durch den Vertreter einer jener Mächte beim Quirinal erfolgt. Nach einigen beiläufig gewechselten Worten und nachdem die italienische Regierung entschieden abgelehnt hatte, wurde nicht mehr über die Angelegenheit gesprochen.

Die italienische Regierung wird durch den Minister des Aeußern, Admiral Canevaro, den Sektionspräsidenten des Kassationshofes, Senator Tancredi, und den Präfekten Senator Grafen Sormani-Moretti vertreten sein. Als Abgeordnete der niederländischen Regierung werden der Gesandte Westenberg und der Oberstaatsanwalt H. J. Mist, Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten, bezeichnet.

Die belgische Regierung hat beschlossen, an der Anarchisten-Konferenz in Rom sich durch den dortigen Botschafter und den Generaldirektor der Staatsgefängnisse, Adolf Prins, vertreten zu lassen. —

Anarchistische Attentate. Unser gestriger Leitartikel über anarchistische Attentate ist der „Post“ höchst unangenehm; sie widmet ihm eine Entgegnung, die den Anschein erwecken soll, als handle es sich um eine Widerlegung, die aber thatsächlich aus nichts anderem wie öden Schlagworten besteht. Nachdem das Stumm'sche Blatt eine volle Spalte sich in dem bekannten „Lausejungen-Ton“ seines Herrn und Gebieters ergangen und von Verhetzung, Beleidigung, Verhöhnung, sophistischer Verdrehung, arrogantem Auftreten, Neid, Haß, Mißgunst, erbärmlichen Bestrebungen, Anmaßung, Lästerliedern des „Vorwärts“ gesprochen, geht es endlich zum Schluß ganz kurz auf den Kern der Sache ein, wobei es sich aber auch noch einer groben Fälschung schuldig macht. Es sucht uns einen Widerspruch nachzuweisen, indem es behauptet, wir hätten bisher die sozialen Verhältnisse, die kapitalistische Wirthschaftsordnung für die anarchistischen Attentate verantwortlich gemacht, während wir jetzt mit Professor Vargha darin übereinstimmen, daß der Staat oder die Justiz dafür verantwortlich zu machen sind. Die Worte „oder die Justiz“ hat der Artikelschreiber der „Post“ einfach hinzu gelogen, weil sonst seine Schreibereien noch weniger Sinn gehabt hätten, als es so schon der Fall ist. Professor Vargha ist es gerade, der in völliger Uebereinstimmung mit uns den Staat oder die Gesellschaft für anarchistische Attentate verantwortlich macht. Rohe und grausame Ausschreitungen einzelner werden nur ganz nebenbei rein psychologisch erklärt aus der heute noch geübten Marterstrafe, und gerade Professor Vargha ist es, der in energischer Weise für eine Reform unserer Justiz eintritt, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen. Der Artikel der „Post“ richtet sich auch weniger gegen uns, als gegen Vargha, dessen von der „Post“ als „perverse Theorie“ bezeichneten Ausführungen der bürgerlichen Gesellschaft höchst unbequem und deshalb von fast allen bürgerlichen Blättern todtgeschwiegen sind. Mag immerhin die „Post“ davon reden, daß sich gegen diese Theorie jedes gesunde moralische Empfinden empört, wir wissen ja, was es mit dem gesunden moralischen Empfinden der Schützlinge dieses Blattes auf sich hat. Für die Wissenschaft ist es jedenfalls ein Segen, daß es noch Männer giebt, die sich mit den Ursachen der Verbrechen beschäftigen. Sollte die Wuth der „Post“ vielleicht daher stammen, daß sie fürchtet, es könnte Herrn Prof. Vargha einmal einfallen, auch die Handlungen der Ehren-Fischer und Ehren-Fink psychologisch und wirthschaftlich zu erklären?

Die Friedensverhandlungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten drohen ins Stocken zu kommen. Das einflußreiche Madrider Blatt, der „Imparcial“, sagt, die Regierung habe Montero Rios Instruktionen gesandt. Es sei möglich, daß die Konferenz am Montag die letzte oder vorletzte sein werde, falls die Amerikaner ihre Ansprüche nicht mäßigen. Nach Ansicht eines Ministers könne die Regierung nicht länger zaudern.

Und das Washingtoner Kabinet hat am Sonnabend Abend nach Paris ein Depesche gesandt, in welcher die amerikanischen Kommissare für die Friedensunterhandlungen angewiesen werden, keine weitere Erörterung bezüglich des Verfügungsrechtes über die Philippinen zuzulassen. Den einzigen Gegenstand der Berathung habe die Art und Weise der Uebergabe der Inseln zu bilden.

Die amerikanische Regierung hat den Befehl ergehen lassen, die Reparatur einiger Panzerschiffe aufzuschieben, und andere Schiffe, die Ordre erhalten hatten, in See zu gehen, nicht auslaufen zu lassen, bis die Friedensverhandlungen mit Spanien beendigt sind. Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Aus Paris wird heute telegraphirt:

Auf Wunsch der spanischen Kommissare tritt die Friedenskommission heute nicht zusammen. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch festgesetzt. —

* * *

Deutsches Reich.

Die Einberufung des Reichstags. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Wie wir hören, wird die Eröffnung des Reichstages in den ersten Tagen des Dezember stattfinden.“

Die „Freisinnige Zeitung“ vermuthet, daß der Reichstag am 6. Dezember zusammentreten wird. —

Die Lippe'sche Angelegenheit. Des Grafregenten von Lippe „feierliche Rechtsverwahrung“ an die deutschen Fürsten haben wir nach der altemäßigen Veröffentlichung des „Neuen Wiener Tagebl.“ bereits auszugsweise mitgetheilt. Da diese Angelegenheit sicherlich noch viel Staub aufwirbeln wird, wollen wir die beiden dem Streitfall zu grunde liegenden Aktenstücke hier dem Wortlaut nach mittheilen.

Der Grafregent Ernst zu Lippe richtete am 15. Juni d. J. aus Detmold folgendes Schreiben an den Kaiser:

„Allerdurchlauchtigster Kaiser und König,
Allergnädigster Kaiser und Herr!

Eure Majestät wollen Allergnädigst geruhen, mir in nachstehender Angelegenheit huldvollst Gehör zu schenken und mir Ew. Majestät mächtigen Schutz und Beistand gewähren zu wollen.

Nach Uebernahme der Regentschaft des Fürstenthums Lippe habe ich, übrigens im Einverständnisse mit dem Generalkommando des VII. Armeekorps Anordnung dahin erlassen, daß den Mitgliedern meines Hauses seitens der hier dislozirenden Truppen militärische Ehren zu erweisen, sowie daß in der Anrede das Prädikat Erlaucht anzuwenden sei. Beide Anordnungen sind jetzt seitens des kommandirenden Generals des VII. Armeekorps einseitig aufgehoben worden, letztere noch mit der Verschärfung, daß es den Offizieren des hiesigen Bataillons nicht einmal gestattet ist, aus Courtoisie die genannte Anrede zu gebrauchen. Ich darf dabei vorausschicken, daß, wenn irgendwie der Wunsch an mich herangetreten wäre, die getroffenen Anordnungen zu modifiziren, ich mich diesem Wunsche wohl nicht widersetzt hätte, und es ist auch weniger die nunmehr eingetretene Versagung militärischer Ehrenbezeigungen für die Mitglieder meines Hauses der Anlaß dieser meiner Bitte an Ew. Majestät, als der Eingriff des kommandirenden Generals in die Rechte des Kontingents- und Landesherrn und die unterschiedliche Behandlung des Fürstenthums Lippe zu den anderen deutschen Bundesstaaten, welche mich zwingt, Ew. Majestät allergnädigste Hilfe anzurufen.

Durch die Militärkonvention vom 23. Juli 1874 ist zwar die Militärhoheit an Ew. Majestät abgetreten, jedoch sind dem Kontingentsherren diejenigen Rechte verblieben, welche nicht Gegenstand jener Uebereinkunft waren. Insbesondere sind dem Kontingentsherrn ausdrücklich die Stellung und die Ehrenrechte eines kommandirenden Generals gegenüber den im Fürstenthum dislozirenden Truppen eingeräumt worden. Unverträglich mit diesen verfassungsmäßigen Ehrenrechten des Kontingentsherrn dürfte es sein, daß der Dienstvorgesetzte eine von mir erlassene Anordnung seinerseits aufhebt, und ebenso unberechtigt erscheint es, daß er meinen Landeskindern befiehlt, einer von mir getroffenen Anordnung auf einem nicht militärischen Gebiete ungehorsam zu werden. Dieses Verfahren erscheint mir um so unrichtiger, als es von dem gegenüber anderen Bundesstaaten durchaus abweicht, in denen die gleichen Anordnungen von Alters her und unbeanstandet in Brauch sind. Artikel 12 der Konvention bestimmt ausdrücklich, daß, sofern nicht die Reichsverfassung und die preußischen Militärgesetze ein Anderes bestimmen, für die im Fürstenthum Lippe dislozirenden Truppen die hiesigen Gesetze, Verordnungen und Rechtsnormen zur Anwendung kommen. Es dürfte daher unzulässig sein, daß der kommandirende General in Münster über den Kopf des Landes- und Kontingentsherrn hinweg dessen Anordnungen für unverbindlich erklären kann. Ein solches Vorgehen mußte mich um so schmerzlicher berühren, als es im eigenen Lande meine Autorität zu untergraben, den Geist des Widerspruchs gegen meine Regierung zu stärken und die Anbahnung friedlicher und gedeihlicher Verhältnisse im Lande zu erschweren geeignet ist, wie auch andererseits die Lippische Bevölkerung eine ihrem Regenten angethane ungerechtfertigte Demüthigung nicht verstehen will. Da ich im Interesse der Disziplin Anstand nehme, meinerseits Gegenbefehle zu geben, zu welchen ich als Kontingents- und Landesherr dem auf mich vereideten und verpflichteten Truppentheile gegenüber voll berechtigt zu sein glaube, appellire ich an Ew. Majestät Gerechtigkeitssinn und bitte um die Gnade, durch ein kaiserliches Machtwort einem solchen Eingriff in die Rechte eines Bundesfürsten Einhalt zu thun und dem kommandirenden General des VII. Armeekorps allergnädigst befehlen zu wollen, seine Anordnungen aufzuheben und sich jeglichen Eingriffs in meine Rechte fernerhin zu enthalten.

Mit dem Ausdrucke unwandelbaren Respekts habe ich die Ehre zu verharren Ew. Majestät unterthänigster Diener Ernst Graf-Regent zu Lippe.“

Der Grafregent erhielt auf diesen, allen Anforderungen des höfischen Zeremoniells entsprechenden Brief folgendes Telegramm:

„Berlin, Schloß, 17. Juni 1898. Ihren Brief erhalten. Anordnungen des kommandirenden Generals geschehen mit meinem Einverständnisse nach vorheriger Anfrage. Dem Regenten, was dem Regenten zukommt, weiter nichts. Im übrigen will ich mir den Ton, in welchem Sie an mich zu schreiben für gut befunden haben, ein für alle Mal verbeten haben. W. R.“

Gegen dieses Telegramm richtet sich die „feierliche Rechtsverwahrung“ des Grafregenten.

Die Presse stellt sich, so weit wir sehen, fast ausschließlich auf die Seite des sich schwer gekränkt fühlenden Bundesfürsten.

Die „Kölnische Zeitung“ bringt, wie telegraphisch gemeldet wird, einen offenbar offiziösen Artikel, in welchem der Versuch gemacht wird, den Grafregenten als den schuldigen Theil des Konflikts hinzustellen. —

Die Handelsstatistik des Reichsamts des Innern erfährt soeben seitens der „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ eine Kritik, die zwar mitunter etwas gesucht und übertrieben sein mag, der jedoch die Benutzbarkeit des amtlichen Quellenwerkes über den „Auswärtigen Handel des deutschen Zollgebietes nach Herkunfts- und Bestimmungsländern in den Jahren 1880—1896“ unzweifelhaft als mindestens sehr fragwürdig und bedenklich nachweist. Wenn man im vorigen Jahre gegen die Statistiker des Reichs-Marine-Amts Nachsicht übte, weil die Ziffern nur für den Augenblick und zu dem einen Zwecke der Flottenvermehrung flüchtig zusammengerafft waren, so muß man um so größere Ansprüche an eine Publikation stellen, die für einen längeren Zeitraum über die Einzelheiten der wirthschaftlichen Entwickelung und besonders auch über die Wirkungen der bisherigen Handelspolitik Deutschlands unterrichten soll. Daß diese Ansprüche indeß in keiner Weise befriedigt werden, hat Dr. Vosberg-Rekow für eine Reihe nicht unwichtiger Länder und Waaren dargelegt.

Von Flüchtigkeits- und Druckfehlern in dem amtlichen Werke sehen wir dabei ab, obwohl solche Versehen, wie die Vertauschung von Zahlen des Generalhandels mit den Ziffern des Spezialhandels in amtlichen Nachweisen wahrhaftig nicht vorzukommen brauchten.

Frappirend sind dagegen die Angaben über die Willkürlichkeiten, mit denen bei den einzelnen Ländern die Ein- und Ausfuhrartikel „von besonderer Bedeutung“ ausgesucht und statistisch behandelt sind. Wiederum, ist die Einfuhr eines Artikels als bedeutsam verzeichnet, so fehlt häufig — aber durchaus nicht immer — die entgegenstehende Ausfuhr, und umgekehrt. Artikel, welche im Verkehr mit Belgien im Reichsamt des Innern ausgelassen sind und welche man daher als „nicht bedeutsam“ betrachten müßte, finden sich zum Theil in der ursprünglichen Reichsstatistik gerade mit als „Haupt“-Einfuhr- und Ausfuhr-Artikel zusammengestellt! Irgend ein ordnendes Prinzip ist in dieser Willkür nicht zu erkennen. „Es ist demnach für einen Unterhändler (bei Handelsverträgen) gänzlich ausgeschlossen, eine Statistik zu Rathe zu ziehen, welche ihm bei bestimmten Artikeln nur die Einfuhr oder nur die Ausfuhr nachweist, ihn über die fehlende Ergänzung aber völlig im Unklaren läßt oder gar die Vorstellung in ihm erweckt, eine solche Ergänzung existire gar nicht. Für den letzteren Fall würde ein so beschaffenes Hilfsmaterial geradezu als gefährlich und irreführend bezeichnet werden müssen . . . Bis zum Ablauf der meisten der bestehenden Verträge wird diese Arbeit, man kann sagen glücklicherweise, veraltet sein . . . So wie die Arbeit heute ist, kann sie als handelspolitisches Hilfsmaterial füglich überhaupt nicht gelten.“

Wir schätzen im allgemeinen die Statistik als Grundlage der Handelspolitik lange nicht so hoch ein, wie Dr. Vosberg. Insofern kann unseres Erachtens die Arbeit des Reichsamts des Innern auch praktisch kein besonderes Unheil anrichten. Aber ein wissenschaftliches Aergerniß ist sie doch. Und wenn die Offiziösen ihren Herrn und Meister jetzt dadurch rächen müssen, daß sie der „Zentralstelle“ gleichfalls mancherlei Irrthümer nachweisen, so thäten sie besser, zunächst vor der Thür des Reichsamtes des Innern zu fegen. Ein privates Bureau ist keine öffentliche Behörde, und Irrthümer, die dort entschuldbar sind, sind hier einfach unbegreiflich und unverzeihlich. —

Der „Werft- und Hafenbote“, das von Herrn Tirpitz ins Leben gerufene Organ zur Bekehrung der Werftarbeiter, droht, wie uns berichtet wird, aus Mangel an Mitteln einzugehen. Um dieses Aeußerste abzuwenden, hat Herr Harms, Kapitän zur See, die Unterstützung deutscher Privatwerften nachgesucht. Er beruft sich dabei darauf, daß die Niederlage unseres Parteigenossen Legien bei der Kieler Reichstagswahl in hohem Maße der Mitwirkung des „Werft- und Hafenboten“ zuzuschreiben sei, unsere Partei habe an den Verlust von Kiel gar nicht gedacht. Es würde deshalb auf die bisher „gewonnenen“ Arbeiter von entmuthigendem Eindruck sein, wenn das Erscheinen des Blattes eingestellt werden müsse. Das würde den Sozialdemokraten Wasser auf die Mühle treiben und die von ihnen „irregeleiteten“ Arbeiter, die sich von uns abzuwenden begönnen, wieder wankend machen.

Unsere Freunde, die Feinde, handeln nicht klug, sich noch immer den Kopf darüber zu zerbrechen, wie es zu verhindern wäre, der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern. Sie mögen beginnen, was sie wollen, unserer Partei wird alles förderlich, was sie thun. Insbesondere sollten sie sich aber hüten, Zeitungen gegen uns zu gründen. Auf Sympathie in den Arbeiterkreisen haben solche Blätter selbstverständlich nicht zu rechnen, so daß, um sie über Wasser zu halten, nichts weiter übrig bleibt, als in den eigenen Beutel zu greifen. Nun begreift es sich ja, daß unsere Herren Gegner außer den Opfern des Intellekts nicht auch noch finanzielle Opfer an die Vertheidigung der bestehenden elenden Gesellschaftsordnung verschwenden wollen, aber dann mögen sie einfach das Gründen von Zeitungen gegen unsere Partei unterlassen, denn so oder so haben sie davon weiter nichts als Blamage.

Nachstehender Beschwerde giebt der „Reichsbote“ Ausdruck: „Die zur Einweihung der evangelischen Erlöserkirche vom Kaiser eingeladenen Vertreter der evangelischen Kirche auf einem gemietheten alten englischen Dampfer und in Jerusalem einlogirt in einem französischen Kloster, wo sie sich scheuen mußten, eine evangelische Andacht zu halten und ein deutsches Lied zu singen: das ist für jedes deutsche und evangelische Empfinden ein sehr deprimirender Eindruck, und man fragt unwillkürlich: wer hat das zu verantworten?“

Die ganze gläubige evangelische Christenheit muß entschieden, die Ernennung von Pastoren als vortragende Räthe im Hof-Reiseamt des deutschen Kaisers fordern. —

Der Wucherprozeß in Hannover hat wieder großes und peinliches Aufsehen erregt und die Löwenstein und Zuckermann erinnern lebhaft an den „ollen ehrlichen Seemann“. Der streng konservative „Reichsbote“ schreibt über den Fall: Hier wie dort sind es Offiziere und zwar zumeist aus den Kreisen des Adels, welche wir im Wucherverkehr mit diesen widerwärtigen Wucherjuden sehen. Und was treibt sie dazu? Schulden, die sie zwingen, im Augenblick, um jeden Preis, wenn auch vierteljährlich zu 20 und 25 pCt. Zinsen, Geld zu erhalten, um sich die Existenz in der Armee wenigstens in dem Augenblick zu sichern. An die Zukunft, wie die Schulden beim Wucherjuden gedeckt werden sollen, wird nicht gedacht; man unterschreibt alles, was der Jude verlangt — man unterschreibt Wechsel für 10 000 Mark, während man nur 7000 Mark erhält und noch obenein haarsträubende Zinsen zahlen muß. Die Schulden bringen die jungen Leute um alles; um Ehre, um Beruf und nicht selten ums Leben! Und was liegt nicht alles hinter diesen Schulden. Der Prozeß wirkt um so peinlicher, als auch der hiesige neuliche Wucher- und Kuppeleiprozeß Hartert noch in frischer Erinnerung ist, worin ebenfalls Offiziere eine sehr peinliche Rolle spielten. Es ist ja kein Geheimniß, wie diese Schulden entstehen, — es hängt daran meist die Ehre, das gute Gewissen, die Sittenreinheit ihrer Opfer —, aber man fragt sich: giebt es denn gar kein Mittel, die jungen Offiziere davor zu bewahren? Man rühmt doch sonst die militärische Disziplin und mit Recht — um so mehr fragt man sich aber, ob es denn nicht möglich ist, mit ihrer Hilfe diesem im Finstern schleichenden Verderben Einhalt zu thun? Se. Majestät der Kaiser hat nach dem ersten Hannoverschen Wucherprozeß ernste Worte an das Offizierkorps gerichtet; um so peinlicher empfindet man es, daß schon jetzt wieder dieser neue Wucherprozeß stattfindet, wodurch konstatirt wird, daß die Worte des Kaisers ohne die erwartete Wirkung geblieben sind. Man fragt sich, ist es denn wirklich nicht möglich, daß die Vorgesetzten mehr Einfluß auf ihre untergebenen Offiziere, namentlich auf die jugendlichen Lieutenants haben können, um dieselben von dem üppigen Leben abzuhalten, das sie in Schulden stürzt? Wir meinen: es muß

möglich sein; das Wohl der Armee, für welche die Nation so große Opfer bringt, verlangt es."

Als Aeußerung eines konservativen Blattes ist Vorstehendes recht interessant. —

Zur Fleischtheuerung. Wie bereits mitgetheilt, ist an der französisch-reichsländischen Grenze nunmehr auch der kleine Grenzverkehr mit Rindvieh, Schweinen, Ziegen und Schafen gesperrt worden. Diese neue Maßregel trifft die zahlreiche Arbeiterbevölkerung jener Grenzbezirke um so schwerer, da mit der Vertheuerung des Fleisches auch eine Steigerung der Preise der übrigen Volksnahrungsmittel Hand in Hand geht. Die Bauern, die nicht mehr im stande sind, für ihre eigene Ernährung die hohen Fleischpreise zu erschwingen, sind jetzt in größerem Umfang auf den Verbrauch ihrer eigenen Erzeugnisse, wie Kartoffeln, Gemüse, Eier, Käse, Milch, Butter 2c. angewiesen. Die Märkte werden deshalb mit diesen landwirthschaftlichen Produkten immer schwächer befahren, sodaß die Preise der letzteren angesichts der durch die Fleischtheuerung verstärkten Nachfrage von Tag zu Tag mehr in die Höhe gehen. So kostet heute schon in der Umgegend von Saargemünd, obwohl dort viel Viehzucht getrieben wird, 1 Liter abgerahmte Milch 20 Pf., ein Pfund Butter 1,30 M., 1 Dutzend Eier 1,20 M., 1 Zentner Kartoffeln geringster Qualität 3,50 M. 2c., Preise, die zum theil um ein Viertel bis ein Drittel höher sind als in gewöhnlichen Zeiten. Der weiße Käse, anderwärts auch Quark genannt, der im Lothringischen ein hervorragendes Nahrungsmittel der arbeitenden Bevölkerung bildet, ist im Preise um 25 pCt. in die Höhe gegangen. Daß unter dem werkthätigen Volk der lothringischen Industriebezirke ein schwerer Nothstand vorhanden ist, das geht deutlich aus der dieser Tage veröffentlichten Bilanz des Konsumvereins der Saargemünder Fayencerie hervor, wo ein Zahlungsausstand der Mitglieder von nicht weniger als 75 000 M. konstatirt werden mußte, während die dortige Pferdeschlächterei glänzende Geschäfte macht. —

Der große Ring der Elektrizitäts-Gesellschaften wird vorläufig nicht zu stande kommen; der Vereinigungsplan zwischen den beiden Gesellschaften Schuckert und Löwe ist gescheitert. Die beiden Nürnberger Gesellschaften Schuckert u. Ko. und die Kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen sind es, welche von dem Fusionsprojekt zurückgetreten sind. Die Ursachen des Rücktritts sind noch nicht vollständig bekannt. Wie es heißt, habe sich in den Kreisen der Aktionäre der Schuckert-Gesellschaften eine lebhafte Bewegung zum Zwecke der Ablehnung der Fusion entwickelt gehabt. An die Verwaltung der Schuckertwerke seien zahlreiche Briefe von Aktionären eingelaufen, in welchen darauf hingewiesen wurde, daß die Fusion für die Schuckertwerke nachtheilig sei. — Wir behalten uns vor, auf die Sache zurück zu kommen und beschränken uns daher auf das Obige.

„Sofortige Abhilfe der Leutenoth" verlangt in der bekannten bescheidenen Manier die „Deutsche Tageszeitung" von der Regierung. Die Pommersche Landwirthschaftskammer hat beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu gründen und der Oberpräsident v. Puttkamer hat die unbedingte Bereitwilligkeit, an der „Besserung der Zustände" mitzuwirken, zugesichert. Die „Deutsche Tageszeitung" will nun auch nichts mehr wissen von „Umfragen, Erwägungen, Tagungen", sondern die Regierung soll energisch an die Arbeit gehen, den Agrariern die Leute zuzutreiben und zu erhalten.

Ueber die Frauenarbeit in den Fabriken schreibt die „Deutsche Tageszeitung": „Gegenwärtig finden Erhebungen über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken statt, die sich auf den Umfang, die Gründe und die Gefahren dieser Beschäftigung erstrecken sollen. Die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren sollen Vorschläge über eine möglichst zweckmäßige Art der Beschränkung machen und zu diesem Zwecke sich mit den Vorständen und Aerzten der Krankenkassen ins Vernehmen setzen." Dazu bemerkt das genannte Blatt: „Wir halten diese Bestrebungen für durchaus dankenswerth und nothwendig. Was hilft es aber, wenn wir die Frau wieder ganz ins Haus stellen, und sie vermag dieses Haus nicht so zu führen und zu halten, daß es ein trauliches Heim des Gatten, ein fester Halt der Kinder ist?"

Davon, daß die Frau wieder „ganz ins Haus" gestellt werde, kann wohl bei dem heutigen Stande der Dinge keine Rede sein. Für tausende von Frauen giebt es kein „Haus" und keinen Ernährer, sie müssen sich selbst ihr Brot verdienen. Um aber die Fabrikthätigkeit der verheiratheten Frauen möglichst zu beschränken, ist es vor allem nothwendig, daß die Arbeiterschaft über ein freies Koalitionsrecht verfüge, damit sie sich Verbesserung ihrer Lage erzwinge; dazu gehört die energische Weiterführung der sozialen Reformen. Gegen all diese Forderungen einer modernen Zeit aber wendet sich ja das Bündlerblatt konsequent; schwärmt es doch fast in jeder Nummer für Gesetze, welche geeignet sind, die Arbeiterschaft zu knebeln und dem Unternehmerthum wehrlos zu überlassen. —

Zur Germanisirung in Posen. Die Regierung stellt Beträge für ein Museum, eine Bibliothek und ein hygienisches Institut in Posen in den nächsten Etat ein. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Arbeiter Kubitzky aus Schwientochlowitz ist wegen Majestätsbeleidigung zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Verhandelt wurde unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Ungarn.

Die Auflösung des Reichstages wegen der Unüberwindlichkeit der Obstruktion soll erwogen werden. —

Schweiz.

Einen großen Schritt zur Rechtseinheit bedeutet die gestern vorgenommene eidgenössische Volksabstimmung, in der die zwei neuen Artikel der Bundesverfassung, die dem Bunde die Vollmacht zum Erlaß eines einheitlichen schweizerischen Zivilgesetzbuches und einheitlichen Strafrechtes geben, mit rund 260 000 gegen 100 000 Stimmen und 16½ gegen 5½ Kantonstimmen angenommen wurden. —

Zürich, 13. November. Das Züricher Volk hat mit 39 690 gegen 26 709 Stimmen die Verstaatlichung der Mobiliar-Versicherung abgelehnt. —

Frankreich.

Paris, 12. November. Nach einer Meldung des „Temps" aus Shanghai wurde die französische wissenschaftliche Mission Bonin in der Provinz Sze-tschwan nahe der tibetanischen Grenze angegriffen. Vier annamitische Träger wurden leicht verwundet. Die an dem Ueberfall schuldtragenden Mandarinen sind festgenommen worden. —

Paris, 13. November. Nach der amtlichen Statistik der Zollverwaltung erreichte der Werth der Einfuhr in den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres die Summe von 3 638 020 000 Fr. gegen 3 178 741 000 Fr. im gleichen Zeitraum des Jahres 1897. Der Werth der Ausfuhr belief sich in derselben Zeit auf 2 844 396 000 Fr. gegen 2 919 754 000 Fr. im Vorjahre. —

Die Abschaffung des Militär-Strafgesetzes und der Militärgerichte hat die französische Sozialdemokratie jetzt in der Nationalversammlung beantragt. Der Antrag lautet:

Gesetzesvorschlag:

Art. 1. Das Militär-Strafgesetz und die Militärgerichte sind abgeschafft.

Art. 2. In Kriegs- wie in Friedenszeiten stehen die Soldaten unter denselben Gesetzen wie die übrigen Staatsbürger. Sie sind, gemäß diesen Gesetzen der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterworfen und werden von den bürgerlichen Gerichten abgeurtheilt.

Art. 3. Alle dem gegenwärtigen Gesetz entgegenstehenden Gesetze und Gesetzesbestimmungen sind abgeschafft.

Wie man weiß, haben unsere französischen Genossen auch einen Antrag auf Ersetzung des stehenden Heeres durch ein demokratisches Milizheer gestellt. —

Ueber das Schicksal des Exkapitäns Dreyfus werden in Paris die verschiedensten Gerüchte kolportirt. Der „Agence Havas" ging gestern eine mit dem Namen Weill unterzeichnete Depesche aus Kolmar zu, in der mitgetheilt wurde, daß Hauptmann Dreyfus gestorben sei. Dreyfus' Schwiegervater Hadamard, der daraufhin befragt wurde, erklärte, er halte die Nachricht für falsch, da er noch vor zwei Tagen durch Vermittelung des Kolonialministers gute Nachrichten über Dreyfus erhalten habe. Der Vertreter der „Agence Havas" in Kolmar heißt nicht Weill, er hat der „Agence Havas" vielmehr telegraphirt, daß man in Kolmar über den Tod Dreyfus' nichts wisse. Der Kolonialminister erhielt gestern Abend eine Depesche aus Cayenne, in der nur laufende dienstliche Angelegenheiten mitgetheilt werden; von dem Tode Dreyfus' wird nichts erwähnt. Die Frau Dreyfus hält die Nachricht für erfunden und nur zu dem Zwecke in die Welt gesetzt, um die öffentliche Meinung in Paris aufzuwiegeln. Dagegen scheint sicher, daß Dreyfus in sehr deprimirter Stimmung sich befindet.

Der „Petite Republique" zufolge ist die Regierung gegen den Deportirten stets mit ganz besonderer Härte, ja mit ausgesuchter Grausamkeit verfahren.

So ist es Gesetz, daß sich ein Deportirter von einem Angehörigen seiner Familie begleiten lassen kann; wenn eine Frau verlangt, ihrem deportirten Manne zu folgen, darf ihr dies sogar nicht abgeschlagen werden. Frau Dreyfus hat verlangt, zu ihrem Manne gehen zu dürfen; das ist ihr abgeschlagen worden. Als der Kassationshof die Suspendirung der Strafe ablehnte, hieß es, die Regierung werde aus eigenem Ermessen die Strafhaft in Untersuchungshaft verwandeln, das heißt bedeutende Milderungen in der Behandlung des Gefangenen eintreten lassen. Sie konnte dies recht gut thun, da der Strafvollzug ganz in ihren Händen liegt und sie aus der Entscheidung des Kassationshofes recht gut die Gründe zu einer milderen Behandlung des Gefangenen entnehmen konnte. Statt dessen muß man jetzt erfahren, daß eine bessere Behandlung nicht nur nicht eingetreten ist, sondern daß der Gefangene auch noch nicht einmal weiß, daß die Revision seines Prozesses bereits eingeleitet ist.

Eine weitere Nachricht aus Paris geht dahin, der Advokat Mornard werde dem Kassationshofe das Gesuch überreichen, dem Hauptmann Dreyfus die Entscheidung des Kassationshofes mitzutheilen und die Rückberufung Dreyfus anzuordnen.

Der Kassationshof fährt täglich mit seinen Vernehmungen fort. Am Montag ist General Zurlinden vernommen worden, Chanoine und Kapitän Lebrun sind ebenfalls geladen.

Das „Petit Journal" meldet, in einer großen Anzahl von Gemeinden in der Provinz seien zahlreiche Plakate verbreitet mit den Worten „Dreyfus ist ein Verräther". Die Plakate tragen gleichzeitig die Bildnisse der fünf letzten Kriegsminister und deren Erklärungen über die Schuld Dreyfus. In mehreren Gemeinden haben die Bürgermeister die Plakate beschlagnahmt.

England.

London, 11. November. (Eig. Ber.) Einen hübschen Sermon hielt Mittwoch der Oberrichter von England, Lord Russel of Killowen, dem neuen Lord Mayor bei dessen Vorstellung im Obergericht. Indem er zuerst die Verdienste des City-Oberhauptes um die Bekämpfung der Nahrungsmittelfälschung lobte, führte er ihm den kolossalen Schwindel zu Gemüthe, der in der Londoner City Jahr aus Jahr ein mit und bei Gründung von Aktiengesellschaften verübt werde. Er habe sich vom amtlichen Liquidator eine Statistik aufstellen lassen und die ergab, daß in den sieben Jahren von 1891 bis 1897 bei Gründungen, die liquidirt werden mußten, zusammen nicht weniger als 568 Millionen verloren gegangen sind, davon 409 Millionen auf seiten der Aktionäre und 154 Millionen auf seiten von Gläubigern. Würde man dazu noch die Verluste bei Gesellschaften rechnen, die blos ihr Kapital reduzirt haben, und die Verluste bei den Gesellschaften, deren Aktien dem Nullpunkt nahe stehen, so käme ein geradezu ungeheurer Verlust für das Publikum heraus. Hier sei Abhilfe durch das Gesetz dringend geboten.

Unzweifelhaft hat der Richter, der als Sir Charles Russel radikaler Abgeordneter und einer der bedeutendsten Vertheidiger war, recht. Das englische Gesetz hat für schwindelhafte Gründungsmanöver noch recht weite Maschen, und Figura zeigt, wie sie ausgenutzt werden. Krasse Beispiele im einzelnen liefert die Untersuchung gegen den gefallenen Gründerhäuptling Hooley. Sie zeigt auch artige Beispiele von Preßkorruption auf. Zumeist waren es nur Börsenredakteure, die dieser Strousberg mit seiner wohlwollenden Freundschaft beehrte. In einzelnen Fällen aber, wie z. B. bei der „Saturday Review", deren jetziger Redaktion auch sonst bedenkliche Verbindungen mit der Börse vorgeworfen wurden, haben sich die Chefredakteure selbst als jene guten Freunde erwiesen. Natürlich haben die Herren keine baaren Geschenke von dem weiland Glückspilz genommen, sondern immer nur Geld für solide Geschäfte von ihm bezogen.

Um aber zu der Russell'schen Verlustliste zurückzukehren, so zeigt sie neben dem Umfang und der Unverwüstlichkeit des Schwindels zugleich den Umfang an, den der Aktienmarkt allmälig angenommen hat. Auf diesem, wie überhaupt auf dem Geldmarkte, sind all diese Verluste ohne Einfluß gewesen. Es ist, als ob von einem großen Haufen Rüsse einige Dutzend auf die Seite gerollt wären. Blickt man auf den Haufen, so merkt man gar nicht, daß da etwas fehlt. Die Zahl der Aktienbesitzer ist in stetem Wachsen und die Einkommensteuer wirft von Jahr zu Jahr höhere Erträge ab. —

Spanien.

Madrid, 14. November. Die Königin-Regentin wird unverzüglich eine Abordnung aus Katalonien empfangen, die erschienen ist, um eine Dezentralisirung in der Verwaltung nachzusuchen. Die Landwirthschaftskammer von Aragonien hat eine Resolution zu gunsten der Dezentralisirung angenommen. —

200 Millionen Pesatas betragen allein die Rückstände an Sold, die Spanien seiner Armee auf Kuba schuldet. —

Rußland.

Russische Greuel. Von einer entsetzlichen Metzelei politischer Gefangener auf dem Transport durch Sibirien berichtet ein von der Pariser „Petite République" gestern veröffentlichter Brief eines russischen Gefangenen, welcher der Metzelei entkommen, aber noch in Gefangenschaft ist. Die nach Sibirien Verschickten werden in Trupps gesammelt, und dann unter militärischer Bewachung theils zu Fuß, theils auf Karren oder Schlitten, je nach der Jahreszeit, von Station zu Station an ihren Bestimmungsort gebracht. Der Trupp, um den es sich hier handelt, ging 200 Köpfe stark (Frauen und Kinder eingerechnet), von Alexandrowsk ab, unter dem Befehl des Kapitäns Besarba, der sich von vornherein sehr brutal benahm. Er zwang die Begleitmannschaft zur größten Härte. Kein Gefangener, auch die Frauen und Kinder nicht, durfte sich von dem Trupp entfernen, nicht einmal, um Wasser zu schöpfen. Die Gefangenen sollten täglich fünfzig Werst marschiren, das heißt etwa 52 Kilometer — eine Entfernung, die zurückzulegen nur den Kräftigsten möglich war. Die, welche nicht gehen konnten, wurden auf Befehl des Offiziers mit Kolben vorangestoßen. Es war aber unmöglich, die 50 Werst zurückzulegen, trotz abscheulichster Mißhandlungen. Man sah sich genöthigt, den Marschirenden etwas mehr Freiheit zu lassen, weile viele sonst gar nicht vorankamen. Einer der Gefangenen, ein alter Mann, berauschte sich eines Tages auf der Station Sordoff und sprach laut. Der kommandirende Offizier gab Befehl, ihn sofort nebst einer Anzahl anderer, die nur für den Greis Fürbitte eingelegt hätten, in ein Behältniß einzusperren. Einige murrten. Die Soldaten mußten nun laden. Der alte Mann, der nicht wußte, was er that, schrie den Offizier an, doch Gerechtigkeit zu üben, und etliche Gefangene, ebenfalls betrunken, machten Lärm. Da gab der Offizier plötzlich Befehl zum Schießen. Ein Mann fiel von fünf Kugeln durchbohrt, ein zweiter wurde tödtlich verwundet. Das genügte nicht, eine zweite Salve wurde kommandirt: sie tödtete zwei Mann, unter ihnen den Betrunkenen, der den Anlaß zu dem Spektakel gegeben hatte, und verwundete mehrere. Daß nicht mehr fielen, war dem Umstande zuzuschreiben, daß die Gefangenen sich im Schreck meistens auf die Erde geworfen hatten. Diese Greuel ereigneten sich in Sordoff. Der Offizier kam vor ein Kriegsgericht und wurde freigesprochen. —

Türkei.

Konstantinopel, 13. November. Wie aus Kreta gemeldet wird, haben heute die letzten bisher noch dort verbliebenen türkischen Offiziere, Mannschaften und Beamten die Insel verlassen. Die Vertreter der Insurgenten versprachen, daß sie nach Uebernahme der Verwaltung Kreta's durch den Prinzen Georg von Griechenland alle Waffen und sonstiges Kriegsmaterial abliefern würden. —

Asien.

Peking, 12. November. Ein Detachement vom 3. Seebataillon, 33 Mann unter Führung eines Premierlieutenants, sind gestern zur Ablösung des bisherigen Detachements hier eingetroffen. Letzteres ist heute nach Taku abgegangen, um dort an Bord des deutschen Kriegsschiffes „Kaiserin Augusta" eingeschifft zu werden. —

In Kiautschou ist das österreichische Kriegsschiff „Frundsberg" eingetroffen. —

Afrika.

Kairo, 13. November. Marchand und Baratier sind heute Abend nach Faschoda abgereist. Marchand denkt über den Sobat-Fluß und Adis Abeba Dschibuti im Juni zu erreichen. —

In Algier siegte bei den Munizipalwahlen die ganze Liste der Antisemiten.

Amerika.

Philadelphia, 12. November. („Times".) Schatzsekretär Gage hat geäußert, er glaube, daß nach der Willensäußerung der Nation die freie Silberprägung nunmehr eine abgethane Sache sei. —

Havana, 12. November. Zwei Kompagnien Polizei-Agenten, wohl spanische, lehnten sich wegen rückständiger Soldzahlung auf; der General Arolas ließ sie entwaffnen und in die Kaserne einschließen. Die Ruhe ist wieder hergestellt. —

Kampf um das Koalitionsrecht!

Wegen Vergehen gegen den § 153

sind im Monat Oktober von den deutschen Gerichten nach den Ermittelungen des Parteivorstandes insgesammt 2¾ Jahre Gefängniß verhängt worden. Der „Nationalliberalen Korrespondenz" giebt dies Veranlassung zu folgender Bemerkung:

„Natürlich bestreitet die sozialdemokratische Parteileitung nach wie vor, daß es zum System der Umsturzbewegung gehört, Arbeitswillige zu terrorisiren und durch öffentliche Belobung solcher Ausschreitungen die Arbeiterschaft einzuschüchtern und sich gefügig zu machen."

Es wird allerdings von seiten der sozialdemokratischen Partei ganz entschieden und mit voller Berechtigung bestritten, daß es zum System gehöre, Arbeitswillige zu terrorisiren. In jeder Arbeiter-Versammlung, in welcher über Streiks verhandelt wird, können die Herren von der „Nationallib. Korresp." es hören, wie die Leiter der Gewerkschaften vor Ausschreitungen warnen; in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterpresse geschieht dasselbe. Was dennoch an Ausschreitungen vorkommt, geschieht gegen den Willen der führenden Kreise. Daß für solche Fälle aber die heutige Gesetzgebung genügt, geht ja gerade wieder aus obigen Zahlen deutlich hervor.

Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage hielten noch ab die Arbeiter von Marburg in Hessen, Bramsche in Hannover, Baden-Baden.

Partei-Nachrichten.

In einem Artikel über den Partikularismus führt der Berliner Mitarbeiter der „Leipziger Volks-Zeitung", veranlaßt durch einige Aeußerungen, die auf dem bayerischen Parteitage gefallen sind, u. a. folgendes aus:

„Nächst dem preußischen Partikularismus ist der bayerische Partikularismus der mächtigste und deshalb für die gesammtdeutschen Interessen gefährlichste. Als es 1870 bei der Berathung der Versailler Verträge in seiner Macht lag, die deutsche Reichsverfassung einigermaßen liberal zu gestalten, hat er nicht den kleinen Finger darum gerührt, sondern alle seine Kraft nur darauf verwandt, die schon genugsam verhunzte Pickelhaubeneinheit noch mehr zu verhunzen. Wie gehorsam er dann immer am Leitseile der Bismärckischen Reaktion getrabt ist, braucht nicht gesagt zu werden. Möglich oder auch gewiß, daß die bayerische Reaktion nicht ganz so scharfe Spitzen und Stacheln hat, wie die preußische, aber das liegt nicht daran, daß mit dem bayerischen Partikularismus mehr Staat zu machen wäre, als mit dem preußischen, sondern nur daran, daß in Bayern der proletarische Klassenkampf noch nicht so mächtig entwickelt ist, wie in Preußen. In diesem entscheidenden Punkte ist dem mittelstaatlichen Partikularismus so wenig oder beinahe noch weniger zu trauen, als dem preußischen, was schon ein Blick auf das Königreich Sachsen zeigt.

Viel wichtiger ist noch, daß den Resten des partikularistischen Geistes, die in den Massen der deutschen Nation stecken mögen, als die Ueberbleibsel einer vielhundertjährigen Geschichte, schlechterdings kein Zuckerbrot gegeben werden darf. Ein wie gefährliches Gift der partikularistische Geist für jede Volksbewegung ist, das zeigt die deutsche Geschichte vom großen Bauernkriege im Jahre 1525 bis zur bürgerlichen Revolution von 1848. Mit diesem Feuer darf auch nicht einmal gespielt werden. Eben weil jede deutsche Revolution an dem Partikularismus gescheitert ist, hat die deutsche Nation mit dem traurigen Surrogate der preußischen Pickelhaubeneinheit vorlieb nehmen müssen, aber man soll sich nicht einbilden, diesen Teufel mit Beelzebub austreiben zu können.

Stärkt man den bayerischen Partikularismus, so stärkt man auch den preußischen Partikularismus, den man schädigen will. Beide und überhaupt alle deutschen Partikularismen bestehen nur durch einander und sind sofort „eine reaktionäre Masse", sobald es sich um die Interessen des Volkes handelt."

Betheiligung an den Stadtverordneten-Wahlen beschlossen die Parteigenossen der Städte Lüdenscheid in Westfalen und Wismar in Mecklenburg.

In die Redaktion der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" ist der Parteigenosse Georg Ledebour aus Berlin als leitender Redakteur eingetreten. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" fügt dieser ihrer Mittheilung folgende Bemerkung hinzu: „Gegenüber irrthümlichen Auslegungen, die jüngst einige Auseinandersetzungen über die Redaktionsführung unserer Zeitung erfahren haben, begnügen wir uns damit, zu betonen, daß es der Dresdener Zeitungskommission völlig fern gelegen hat und fern liegt, den Redakteuren das Recht der freien Meinungsäußerung beschränken zu wollen, und daß die Redaktion sich mit den Parteigenossen Dresdens eins weiß in dem Bestreben, die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" in den Bahnen zu halten, die sie so erfolgreich in den letzten Jahren eingeschlagen hat."

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— In der Strafsache wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die der Parteigenosse Albert Schmidt in Magdeburg begangen haben soll, war zwecks Entsiegelung und Durchsicht eines bei ihm beschlagnahmten Kouverts Termin auf vorigen Sonnabend angesetzt. Es war Schmidt freigestellt, der Verhandlung beizuwohnen, er machte aber von der Einladung keinen Gebrauch.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Die Zahl der bis zum 12. November den Tarif anerkennenden Firmen betrug 548. — In der Buchdruckerei von R. Stöbe, Strausbergerstraße 12, haben die Buchdrucker wegen Nichtanerkennung des Tarifs die Arbeit eingestellt. Für tariftreue Gehilfen ist dieselbe gesperrt, ebenso die Druckerei A. Gelhaar, Heiligegeiststraße, und F. Dietze, Brandenburgstraße.

Aufruf

an die im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter, als wie: Haus- und Geschäftsdiener, Packer, Markthelfer, Ausgeher, Kutscher aller Branchen sowie Straßenbahn-Angestellten.

Kollegen! Unser zweiter Berufskongreß vom Mai 1896 in Halberstadt, der aus allen Gauen Deutschlands beschickt war und an dem alle Branchen unseres Berufes berathend und beschließend theilnahmen, hat in bezug auf die Abhaltung des nächsten allgemeinen Berufskongresses folgendes beschlossen: Nach Ablauf von zwei Jahren wieder einen Kongreß einzuberufen, wenn nicht besondere Umstände eintreten, die die frühere Einberufung eines solchen unbedingt erforderlich machen, das heißt, wir wären laut vorstehendem Beschluß verpflichtet gewesen, im Jahre 1898 einen Berufskongreß abzuhalten, wenn nicht inzwischen andere Umstände eingetreten wären. Diese Umstände bestanden hauptsächlich darin, daß die Leipziger Berufskonferenz vom 28. Februar 1897 infolge der damals bestandenen Zerwürfnisse und der vor der Thür stehenden Reichstagswahlen abgehalten werden mußte. Diese Konferenz faßte in bezug auf die Abhaltung des nächsten Berufskongresses einstimmig folgende Resolution: „Ueber die Abhaltung des nächsten Kongresses hat der Vertrauensmann im Frühjahr 1898 eine Urabstimmung der Orte vornehmen zu lassen." Begründet wurde diese Resolution damit, daß im Jahre 1898 die Reichs- und Landtagswahlen (die letzteren namentlich für Preußen) stattfinden und voraussichtlich dadurch unser Kongreß schwach besucht sein würde. Das Resultat der oben erwähnten Urabstimmung ergab denn auch die Ablehnung des Kongresses für das Jahr 1898. Somit wird unser nächster Berufskongreß zu Pfingsten 1899 in Frankfurt a. M. stattfinden. Wir machen die Genossen und Kollegen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der von einem Herrn Hoffmann-Berlin zu Weihnachten d. J. nach Kassel einberufene Kongreß keine Giltigkeit hat und dessen Beschlüsse daher für die gesammten Handels- und Transportarbeiter Deutschlands keine bindende Kraft haben können, umsomehr, als Hoffmann einen dahingehenden Auftrag, einen allgemeinen Berufskongreß einzuberufen, von den gesammten Kollegen Deutschlands nicht erhalten hat, ebenso bekleidet Hoffmann in unserer Bewegung keine öffentlichen Aemter. Die Tagesordnung für den zu Pfingsten 1899 in Frankfurt a. M. stattfindenden Kongreß wird in Kürze bekannt gegeben und sind alle Anfragen hierzu nur an den unterzeichneten Vertrauensmann für Deutschland zu richten, ebenso steht den Kartellen sowie Kollegen zur Begründung von Organisationen Material jederzeit zur Verfügung.

Vorstehendes bestätigen hiermit die auf dem Kongreß gewählten Bezirksleiter: P. Brüggen-Hamburg, Gustav Reiher-Königsberg, Franz Seiffert-Breslau, E. Bertram-Leipzig, Fr. Mahrenholz-Braunschweig, W. Windwehr-Hannover, Paul Rebatz-Solingen, H. Hopf-Frankfurt a. M., Joh. Frey-München.

Der Vertrauensmann für Deutschland.
Karl Alboldt, Berlin C., Auguststr. 38.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Voerde siegte die Liste der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten mit 140 Stimmen, während die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine 100 Stimmen erhielten.

Auch in Frankenthal (Rheinpfalz) gelangte nahezu einstimmig die Liste der vereinigten Gewerkschaften zum Siege.

In Krefeld drohte bei der Firma Junkers ein Streik, weil versucht wurde, die Löhne der Scheererinnen um 10 pCt. zu reduziren. Die Arbeiterinnen setzten sich hiergegen zur Wehr und reichten sämmtlich die Kündigung ein. Daraufhin ist die Lohnkürzung unterblieben. Ein Erfolg, den sich die Arbeiterinnen ihrem einmüthigen Vorgehen zuzuschreiben haben.

In Zaborze ist ein Maurer wegen angeblicher „Anreizung" zum Streik verhaftet worden; dasselbe geschah vor kurzem in Königshütte. In Oberschlesien will man die Arbeiter schon jetzt mit den Segnungen der kommenden Zuchthausvorlage vertraut machen.

Ausland.

Die Lederfabriken in Ungarn reduziren ihren Betrieb. In den Fabriken werden gegenwärtig Arbeiter entlassen. Die Ursache liegt im schlechten Geschäftsgange und der Unmasse von Waarenvorräthen.

Adlige Streikbrecher in Schweden. Es ist wohl nur ein Beweis von Junkerübermuth, wenn in der Universitätsstadt Lund sich eine Anzahl Studenten, darunter drei Grafen und andere vom höchsten Adel Schwedens, den dortigen Zuckerfabrikanten angeboten haben, die wichtigsten Arbeiten an stelle der streikenden Arbeiter zu übernehmen. Der Streik der Arbeiter ist ein so berechtigter, wie nur denkbar, da sie nur eine Lohnerhöhung von 1,65 Kr. auf 2 K. verlangten bei einer 12stündigen Arbeitszeit. Ihr Verlangen wurde aber von der Fabrikleitung abgewiesen, weshalb sie die Arbeit niederlegten. Nun sind 30 adlige Studenten, alles Juristen, an ihre Stelle getreten. Natürlich ist die Arbeit, die sie leisten, völlig unbrauchbar und ungenügend, und das Ganze nur eine Komödie, die aber die Arbeiter sehr erbittert hat, weil sie das Verhalten der Studenten mit Recht als Verhöhnung auffassen, sodaß es bereits beim An- und Abmarsch der Studenten zu Unruhen und Gewaltthätigkeiten gekommen ist. Uebrigens steht der größere Theil der Bevölkerung von Lund auf seiten der Arbeiter.

Im Typographenstreik in Dänemark haben die Buchdruckereien höhere Lohnsätze geboten — aber sie entsprechen noch immer nicht denen, welche die Setzer verlangt haben.

Der dänische Zimmerleute-Verband beendigte soeben seinen II. Kongreß. Der Verband umfaßt 65 Vereine mit 3856 Mitgliedern. Bedeutend sind die Lohnerhöhungen, die durch die Wirksamkeit des Verbandes erreicht sind; in 53 Vereinen ist der Stundenlohn um 2—10 Oere gestiegen. Insgesammt ist in den Jahren 1896/98 eine Lohnerhöhung um 285 732 Kronen erzielt. Die Ausgabe der Mitglieder für den Verband hat in derselben Zeit 25 000 Kronen jährlich betragen. Die Zunahme des Jahreseinkommens jedes Zimmermanns beträgt durchschnittlich 74 Kronen.

Der Verband hat eine Statistik ausgearbeitet, die eine treffliche Uebersicht über die Arbeitsverhältnisse giebt.

Die Arbeiter in den Proviantmagazinen und auf den Regierungs-Werften Englands sind nicht gewillt, die jetzige flotte Zeit unbenutzt verstreichen zu lassen. „Wenn die Könige bau'n" ꝛc. ꝛc. Sie haben die Agitation für die schon längere Zeit erstrebte Erhöhung des Mindestlohnes für Tagelöhner auf 24 Mark Wochenlohn mit Energie aufgenommen und werden darin außer von den Sozialisten auch von verschiedenen bürgerlichen Abgeordneten unterstützt.

Der Vorstand des englischen Eisenbahner-Verbandes hat sich vorige Woche an die Geschäftsführer der beiden großen bürgerlichen Parteien mit der Anfrage gewandt, ob sie bereit wären, dem Kandidaten des Verbandes einen Parlamentssitz abzutreten, bezw. seine Wahl unbeschadet der Thatsache zu unterstützen, daß er bindende Weisung habe, sich keiner dieser Parteien anzuschließen. Der Geschäftsführer der Konservativen antwortete, seine Partei sei durchaus für Vertretung der Arbeiter im Parlament, aber ihre Statuten verböten, einen Kandidaten aufzustellen, der sich nicht verpflichte, der konservativen Partei beizutreten. Ungleich geschickter war die Antwort der liberalen Partei-Leitung. Diese erklärte, sie hätte zwar im Augenblick keinen Parlamentssitz frei, aber sie werde ihr bestes thun, dem Eisenbahner-Komitee zur Auffindung eines geeigneten Wahlkreises zu helfen und seinem Kandidaten jede Unterstützung leisten, ohne politische Gegendienste zu beanspruchen. Die Liberalen können sich dieses Zugeständniß leisten, denn sie sind sicher, daß Mr. Bell kaum in irgend einem Falle mit den Konservativen gegen sie stimmen wird, und sie würden sich durch Vorschieben formaler Gründe ins eigene Fleisch geschnitten haben. Aber selbst die gewöhnlichste Maßregel der Selbsterhaltung ist eine Sache, die man heute gewissen Politikern nicht zumuthen kann, ohne ihr Entsetzen zu erregen. —

Soziales.

Für das Bergrevier von Zabrze ist ein Revierbeamter ernannt worden. Erst jetzt hat endlich jedes der acht oberschlesischen Reviere seinen staatlichen Aufsichtsbeamten.

Recht erfreuliches berichtet das Gothaische „Volksblatt" von dem Fabrikinspektor Dr. v. Schwartz. Bei einer Besichtigung der Fabriken in Georgenthal erkundigte sich derselbe u. a. auch nach den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter. Er erkannte an, daß der Bau von Arbeiterwohnungen nöthig ist und versprach den Arbeitern, in dieser Richtung hin bei der Regierung vorstellig zu werden. Es giebt leider nicht allzu viel Fabrikinspektoren, die sich auch um die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter kümmern.

Arbeiter-Risiko. In dem Dresdener Vorort Plauen waren auf einem Neubau mehrere Arbeiter mit dem Einfügen eines Schlußsteins beschäftigt. Durch irgend einen Umstand gerieth der Stein ins Rutschen, er stürzte herab und riß zwei Arbeiter mit sich. Einer derselben, der 23 Jahre alte Maurer Berger aus Frauenstein, büßte dabei sein Leben ein, der andere kam mit leichten Verletzungen davon.

In der Zuckermühle der Norddeutschen Zuckerraffinerie in Frellstedt in Braunschweig ereignete sich in der Nacht zum Freitag voriger Woche eine Explosion, wodurch die in der Zuckermühle beschäftigten 23 Arbeiter sämmtlich, zum theil lebensgefährliche Brandwunden erlitten haben. Als Entstehungsursache der Explosion wird angenommen, daß das Zuckermehl mit einer Flamme in Berührung gerathen oder durch Reibung explodirt sei.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Am Martinitage, den 11. November, tritt das Gesinde in seine neu angenommenen Stellungen ein. Wie über den Arbeitermangel zur Erntezeit, so klagen die Landwirthe auch über den Mangel an Dienstboten. Ein beträchtlicher Theil der Knechte ist zum Militär eingezogen, von den nach den Manövern entlassenen Reservisten sind aber lange nicht so viele in die ostpreußischen Gefilde zurückgekehrt, daß alle Stellen besetzt werden können. Auch junge Mädchen gehen in Menge nach den Städten im Westen, um dort in den Dienst zu treten. Mangel an Dienstboten ist auf dem Lande daher thatsächlich vorhanden. Eine Versammlung der Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirthe in Ostpreußen hat nun beschlossen, von der Regierung die Erlaubniß zur Seßhaftmachung von polnischen Arbeitern zu fordern, falls nicht wirksame Maßregeln zur Lösung der brennenden Arbeiterfrage ergriffen werden. So schlimm, wie die Agrarier die Sache darstellen, ist es aber mit dem Arbeitermangel noch nicht.

Allerdings haben Besitzer, die sonst zwei bis drei Mädchen im Dienst hatten, jetzt öfter nur eins; manche sind auch ganz ohne Knecht oder Magd. Die Arbeit bleibt aber trotzdem nicht liegen, nur — hat der Gutsbesitzer etwas mehr Lohn zu zahlen. Es giebt nämlich in fast allen Dörfern jetzt Arbeiter, die in ein festes kontraktliches Arbeitsverhältniß für ein ganzes Jahr nicht mehr eintreten, sondern als „Freiarbeiter", als Tagelöhner Arbeit nehmen; sie sind meist an einen Gutshof gebunden, vor allen Dingen aber brauchen sie sich nicht ruppig behandeln zu lassen. Diese Arbeiter, deren Frauen ebenfalls arbeiten gehen, sind natürlich etwas theurer als Instleute und Dienstboten, wovon die Gutsbesitzer, die bisher gewöhnt waren, lächerlich geringe Löhne zu zahlen, selbstverständlich nicht sehr erbaut sind. Wenn von höheren Löhnen der ostpreußischen Arbeiter gesprochen wird, darf aber nicht angenommen werden, daß die Bezahlung auch nur einigermaßen ausreichend sei.

Zur Herstellung künstlicher Perlen werden die Schuppen des Ukei, eines kleinen Weißfisches verwandt, der in den masurischen Gewässern, besonders im Baldonsee und dem Talterwasser, in der Zeit vom November bis März in großen Mengen gefangen wird. Mit der sehr mühsamen Arbeit des Schuppens werden eine größere Anzahl Frauen beschäftigt, die pro Tag ganze 50—60 Pf. Lohn erhalten. Auf den Gütern erhalten weibliche Scharwerker meist außer dem Brotgetreide nur 30 Pf. täglich.

Kürzlich wurde über die Klage von 16 russischen Arbeitern gegen den Besitzer des Gutes Ebenau bei Saalfeld in Thüringen berichtet.

Der Gutsbesitzer veröffentlichte nun in der „Elbinger Ztg." eine Erklärung, worin er seiner Verwunderung darüber Ausdruck giebt, daß er vom Gericht verurtheilt worden ist. Er habe den Russen das Herausnehmen von Rüben, wozu sie nicht verpflichtet waren, aufgetragen, weil sie eine andere Arbeit, zu der sie nach seiner Ansicht verpflichtet gewesen sind, nicht ausführten. Daß die Leute nichts zu essen bekamen, bestreitet der Herr nicht. Er schließt seine Erklärung mit einem Satz, worin er sagt, daß er die Beurtheilung seiner Handlungsweise der Oeffentlichkeit überlasse. Soweit die Oeffentlichkeit aus ostpreußischen Gutsbesitzern besteht, wird sie gegen das Vorgehen des Herrn nicht viel einzuwenden haben, dem übrigen Theil der Bevölkerung wird es aber nicht einleuchten, daß jemand richtig handelt, wenn er Arbeiter durch Hunger zur Arbeit zu zwingen sucht.

X. Generalversammlung des Verbandes der Glacéhandschuhmacher Deutschlands.

Burg, den 12. November 1898.

Die Generalversammlung beschloß: Zwecks Entlastung der Zuschußkasse (die seit 1894 mit Defizit arbeitete) sollen nicht mehr 1700 M. der Zuschußkasse als Beitrag zur Besoldung der Bureaubeamten, sondern nur noch 1000 M. entnommen werden, von denen 600 M. zum Gehalt des Vorsitzenden und 400 M. zu dem des Kassirers kommen sollen. Neugeregelt werden die Diäten und Entschädigungen für die Vorstands- und Ausschußmitglieder und für die Delegirten. Von den übrigen Beschlüssen ist nur noch der Wiederanschluß des Verbandes an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zuerwähnen. Der Verband hat sein Verhältniß zur Generalkommission 1894 gelöst, da die Befürchtung gehegt wurde, die seinerzeitigen „dunklen Pläne" der Kommission werden den Verband schädigen. Nach einer Klarlegung des Sachverhalts durch Legien und einer Aussprache beschließt die Generalversammlung mit allen gegen zwei Stimmen den Anschluß. Die Beitragszahlung beginnt vom 1. Januar 1899 ab.

Nach Verlesen des Protokolls wird dann die Versammlung mit einem entsprechenden Schlußworte des Vorsitzenden geschlossen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen, die von etwa 450 Personen besucht war, tagte am Sonntag in den Arminhallen. An stelle des nicht erschienenen Abgeordneten Fr. Zubeil hatte Genosse Grempe das Referat übernommen. Der Redner erörterte zunächst in treffender Weise den Zweck und Nutzen der Organisation, er beleuchtete die Nachtheile der langen Arbeitszeit, die Mißstände bei der Stellenvermittlung, das Schlafstellenwesen und verschiedene andere der bekannten Uebelstände, unter welchen die Arbeiter im Schlächtereigewerbe außerordentlich zu leiden haben und er wies dann nach, daß auch die Schlächtergesellen nur durch einmüthiges Vorgehen und engeren Zusammenschluß bessere Arbeitsbedingungen erringen können. Der Redner, der wiederholt durch lebhafte Zustimmungs-Bekundigungen unterbrochen wurde, wendete sich sodann gegen den Verein „Arbeiterschutz", der unter den Versammlungsbesuchern Flugblätter verbreitet hatte, in welchen mit dem Hinweis auf die Mißstände in dem Schlächtereiberufe zur Gründung einer Vereinigung der Schlächtergesellen auf christlicher Grundlage aufgefordert wird. In diesem Flugblatte wird ganz überflüssigerweise darauf hingewiesen, daß diese Vereinigung nicht wie die Sozialdemokratie den Klassenkampf will, sondern: „In ausgleichender Gerechtigkeit soll dem Meister was dem Meister und dem Gesellen was dem Gesellen gebührt, gegeben werden." Dem Referenten war es ein leichtes, die Inhaltlosigkeit dieser Phrasen den Versammelten vor Augen zu führen, indem er darauf hinwies, daß die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Meister und Gesellen mit dem Augenblicke aufhört, wo die Gesellen ernstlich für die Verbesserung ihrer Lage eintreten. Er erinnerte hierbei an die Vorkommnisse der jüngsten Zeit, die zur genüge bewiesen haben, daß die christlichen Organisationen entweder ihre Aufgaben als Arbeitervereine nicht erfüllen, oder aber, wenn sie für die Interessen der Arbeiter wirklich einmal eintreten und auch nur die geringsten Forderungen stellen, von dem Unternehmerthum genau so bekämpft werden, wie die modernen Gewerkschaftsorganisationen. Mit der Aufforderung, gleich den Arbeitern anderer Berufskategorien eine kräftige Organisation zu schaffen, die energisch für die Beseitigung der Mißstände eintritt, schloß der Redner seine, mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Der Vorsitzende des Vereins „Arbeiterschutz", der hierauf das Wort nahm, versuchte die Schaffung einer Vereinigung auf christlicher Grundlage damit zu motiviren, daß ein großer Prozentsatz der Arbeiterschaft noch unorganisirt ist, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht und nun für die von ihm vertretene Organisationsrichtung gewonnen werden soll. In seinen weiteren Ausführungen, soweit diese zu verstehen waren, wendete der Redner sich gegen die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe, die, wie er der Versammlung vorredete, von der Sozialdemokratie gefordert wird und die im Schlächtereigewerbe nicht durchführbar sei. Hierbei malte Herr Weigel aber so graulich, als wollte er den Glauben erwecken, die Bevölkerung müßte verhungern, wenn die Schlächtergesellen nicht mehr wie bisher des Sonntags für den Unternehmer tüchtig frohnden. Warum der Verein „Arbeiterschutz" gerade jetzt die Schlächtergesellen für sich gewinnen will, wo dieselben im Begriff stehen, sich endlich auch eine Organisation zu schaffen, hat Herr Weigel nicht erörtert. Die fortwährenden Zwischenrufe und die nicht mißzuverstehenden Protestkundgebungen der Versammelten während der Ausführungen dürften den Herrn Weigel wohl darüber belehrt haben, daß auch die Schlächtergesellen für die „Vereinigung auf christlicher Grundlage" nicht zu haben sind und diese Zersplitterung der Berufskollegen keineswegs gutheißen. In der weiteren Diskussion, die sich völlig im Sinne des Referats bewegte, wurden noch eine Reihe Mißstände des Berufes zur Sprache gebracht. Insbesondere wurde die Lehrlingszüchterei, das Stellenvermittelungs-Unwesen, die lange Arbeitszeit, die schlechten Schlafstellen und die unwürdige Behandlung seitens vieler Meister herb kritisirt und darauf hingewiesen, daß verheirathete Schlächtergesellen und überhaupt solche, die ein bestimmtes Alter erreicht haben, keine Stellung mehr erhalten und von einem Familienleben der Arbeiter in diesem Berufe keine Rede sein kann. Keslinke, der daran erinnerte, daß ja bereits zwei christliche Vereine der Schlächtergesellen bestehen, die aber bisher auch noch nicht das geringste zur Besserung der Lage der Arbeiter erzielt haben, plädirte in längerer Rede für den festen Zusammenschluß in der zu gründenden, von Meistern und Pastoren unabhängigen Kampfesorganisation. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten, wobei er das Verhalten der Mitglieder des Vereins „Arbeiterschutz" ihren Kollegen im Baugewerbe gegenüber erwähnte, wurde folgende Resolution einstimmig von der Versammlung beschlossen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt die Gründung einer Gewerkschafts-Organisation auf Grundlage der modernen Arbeiterbewegung. Die Versammlung erklärt mit allen gesetzlichen Mitteln auf die Beseitigung der überlangen Arbeitszeit, Abschaffung der privaten Stellenvermittelung, Einführung besserer Schlafräume und Erhöhung des Lohnes hinzuarbeiten." Mit der Ausarbeitung der Statuten wurde das Bureau beauftragt und sollen dieselben einer in der nächsten Zeit einzuberufenden Versammlung zur Begutachtung vorgelegt werden. Hierauf erstattete Gaßmann den Bericht über seine Thätigkeit als Gewerbegerichts-Beisitzer, der von den Versammelten mit lebhaftem Beifall entgegen genommen wurde. Nach einem kurzen Bericht über die Einrichtungen der Gewerkschaftskommission wurde Keslinke einstimmig als Delegirter in dieselbe wiedergewählt. Wie noch mitgetheilt wurde, hat die in der vorigen Versammlung gewählte Kommission versucht, die Arbeiterverhältnisse auch in der Provinz zu ermitteln und soll das dadurch gewonnene Material bei der Petition an den Reichstag, die möglichst bald fertig gestellt werden wird, verwandt werden. Damit war die Tagesordnung der ausgezeichnet verlaufenen Versammlung erledigt. — Die Auseinandersetzungen zwischen dem Genossen Grempe und den Vertretern des Vereins „Arbeiterschutz", die behaupten, daß die Mitglieder des genannten Vereins nicht unsolidarisch gehandelt haben, werden auf eine Anregung des Genossen Grempe in einer Maurerversammlung zum Austrag gebracht werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bückeburg, 14. November. (W. T. B.) Bisher vorliegenden Nachrichten ist bei der Reichstags-Stichwahl im Fürstenthum Schaumburg-Lippe Müller (freis. Volksp.) gegen Strosser (kons.) mit etwa 600 Stimmen Mehrheit gewählt worden.

Budapest, 14. November. (W. H.) Der Infanterist Roth vom 39. Infanterie-Regiment wurde vom Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, weil er bei einer Uebung sein Gewehr gegen den Zugführer erhoben hatte.

Krakau, 14. November. (W. H.) Bei einem Zusammenstoß zweier Güterzüge auf der Station Czarna wurden drei Bahnbeamte getödtet und drei andere schwer verletzt. Eine große Anzahl Waggons ging in Trümmer.

Paris, 14. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Der Sozialist Fournière befragt die Regierung über die gerichtliche Verfolgung Gohier's wegen seines das Heer beleidigenden Buches. Redner fragt, warum man Beleidigungen des Heeres verfolge, während bei Beleidigungen gegen die Justizbehörden das Gleiche nicht geschehe. Im Verlaufe seiner Ausführungen erwähnt Fournière die gerichtlichen Schritte gegen Zola, über den er sich in lobender Weise ausspricht. Die Ausführungen Fournière's über Zola wurden von lärmenden Zwischenrufen seitens des Zentrums und der Nationalisten und von Beifall auf der äußersten Linken unterbrochen. Nachdem Fournière geendet, besteigt Ministerpräsident Dupuy die Tribüne. Derselbe rechtfertigt die gerichtliche Verfolgung Gohier's. Fournière verliest hierauf einen Artikel, wogegen Drumont Widerspruch erhebt; Drumont erklärt, er sei übrigens dagegen, daß Schriftsteller gerichtlich verfolgt würden, er wünsche aber die jüdischen Bankiers verfolgt zu sehen. Hiergegen protestirt Klotz. Cassagnac wünscht über die Worte Drumont's zu interpelliren. Dupuy beantragt Vertagung dieser Interpellation auf einen Monat. Diesem Antrage wird zugestimmt, womit der Zwischenfall erledigt ist. Die Kammer beginnt hierauf die Berathung verschiedener Anträge auf eine Amnestie.

Das Haus genehmigt die Artikel aus den Amnestie-Anträgen, welche für Preß-, Vereins-, Versammlungs- und Streikvergehen Amnestie gewähren; die Weiterberathung der Amnestie-Anträge wird auf Montag vertagt. Der Sozialist Breton bringt einen Antrag auf Aufhebung der Gesetze gegen die Anarchisten ein; die für diesen Antrag verlangte Dringlichkeit wird vom Ministerpräsidenten bekämpft und vom Hause mit 359 gegen 98 Stimmen abgelehnt. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Paris, 14. November. (W. T. B.) Gegen sieben Uhr abends stießen kurz vor der Einfahrt in den Nordbahnhof ein von Amiens kommender Zug und ein Vorortzug zusammen. Der Zusammenstoß war sehr heftig, mehrere Wagen wurden zertrümmert. Ungefähr 20 Personen sollen verletzt sein.

London, 14. November. (W. T. B.) Nach einer Meldung aus South Shields begann heute auf dem Tyne ein Streik der Matrosen und Heizer, welche eine Lohnerhöhung forderten. Der Streik stellt sich als eine Gegenbewegung gegen das Vorgehen der „Shipping Federation on Clyde" dar. Die Ausständigen verlangen 4 Dollars 15 Sh. auf den in das Ausland bestimmten Schiffen. Drei Dampfer lehnten die Lohnerhöhung ab und sind bereits boykottirt worden. Der Ausstand erstreckt sich auf 3000 Mann.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Lokales.

Die Flugblattvertheilung im sechsten Wahlkreise ging am Sonntag mit der üblichen Pünktlichkeit und Ordnung von statten. 200 000 Exemplare gelangten zur Vertheilung. Einige Bezirke, die nicht ausgiebig belegt werden konnten, sollen am Mittwoch (Bußtag) **früh 8 Uhr** bestellt werden. Hilfsmannschaften wollen sich rechtzeitig im Lokale von Hoppe, Ackerstr. 145, einfinden.

Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises unternimmt am Bußtag eine Fußpartie. Abfahrt früh 7½ Uhr vom Görlitzer Bahnhof bis Nieder-Schöneweide-Johannisthal. Für Nachzügler und Familien nachmittags Treffpunkt in Grünau, Friedrich- und Wilhelmstraßen-Ecke bei Lindenhahn. Rege Betheiligung erwartet

Der Vorstand.

Die „Gefahren" der Uebernahme industrieller Betriebe durch die Stadtverwaltung sind in den Debatten über den vom Magistrat vorgelegten, zwischen der Stadt und den Berliner Elektrizitätswerken neu abzuschließenden Vertrag wieder in den grellsten Farben geschildert worden. Diejenigen, welche von einer Uebernahme der Elektrizitätswerke in städtische Regie gewissermaßen den Ruin der Stadtverwaltung befürchten oder zu befürchten vorgeben, verweisen wir auf die Jubiläumsschrift, die der Magistrat 1897 zum 50. Jahrestage des Bestehens eigener städtischer Gaswerke hat verfassen lassen. Besonders den Mitgliedern des Magistrates selber und der Stadtverordneten-Versammlung, die sich so eifrig bemühen, dem Privatkapital die Bahn freizumachen, sei die Lektüre der Schrift warm empfohlen. Das Büchlein soll, wie es im Vorwort heißt, „beredtes Zeugniß ablegen von der Energie der Männer, welche die Einführung der Gasfabrikation als städtischen Betrieb durchgesetzt haben und deren an dem heutigen 50. Jahrestage der Gaswerke ehrend gedacht wird." In dem Abschnitt über die geschichtliche Entwickelung der städtischen Gaswerke werden dann die Erörterungen erwähnt, die der Plan, eigene Werke zu errichten, in der Bürgerschaft hervorrief: „Als ungefähr zu dieser Zeit (Ende 1844) die Beleuchtungsangelegenheit, die bisher fast ausschließlich nur den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt hatte, Allgemeingut der öffentlichen Meinung wurde, erhoben sich aus dem Bürgerkreise vielfach Stimmen, die warnend auf die Nachtheile eines so kostspieligen städtischen Unternehmens hinwiesen. Man machte unter anderem geltend, daß, abgesehen von dem irrigen und verwerflichen Grundsatz der Uebernahme eines kaufmännischen Geschäfts seitens der Stadtverwaltung, der Imperial-Continental-Gas-Association eine Konkurrentin geschaffen werde, daß beide Theile sich gegenseitig ruiniren würden, daß Millionen ausgegeben und in die Erde gegraben würden, um da Gaswerke zu errichten, wo schon solche beständen, noch dazu in einer Zeit, in welcher leicht eine neue Entdeckung in dem Beleuchtungswesen, die den gänzlichen Verlust des ungeheueren Grundkapitals bewirke, gemacht werden könne, und daß ferner ein städtisches industrielles Unternehmen nie so vortheilhaft betrieben werden könne wie ein Privatwerk, und somit auch nicht konkurrenzfähig wäre." Man sieht, es sind in der Hauptsache dieselben, durchaus haltlosen „Beweisgründe", mit denen „der irrige und verwerfliche Grundsatz der Uebernahme eines kaufmännischen Geschäfts seitens der Stadtverwaltung" damals bekämpft wurde bezw. heute von neuem bekämpft wird. Die Schrift rühmt, daß die mit der Gasfrage betrauten Mitglieder der Kommunalbehörden die Angelegenheit „in der richtigen Erkenntniß, dem Gemeinwohl große Vortheile zu erschließen", unter mancherlei schwierigen und verwickelten Verhältnissen zum Ziele führten und „es auch verstanden, den nicht vertrauenden und zaghaften Bürger von der guten, nationalen Sache zu überzeugen." Und die Sache gelang! Die Stadt fand zwar an der englischen Gesellschaft eine starke und schlaue Konkurrentin, aber die düsteren Prophezeiungen von gegenseitigem Ruin trafen nicht ein, und die in die Erde gegrabenen Millionen flossen vervielfältigt in den Stadtsäckel zurück. Die Stadt und ihre Gaswerke haben es allerdings noch heute zu fühlen, daß die englische Gesellschaft sich von vornherein eine feste, geradezu uneinnehmbare Position geschaffen hat und daher bis in die Gegenwart eine unbequeme Konkurrentin der städtischen Werke geblieben ist. Aber bekanntlich liegen bei den Elektrizitätswerken die Verhältnisse hinsichtlich der Möglichkeit einer Uebernahme und vortheilhaften Verwaltung durch die Gemeinde glücklicherweise viel einfacher.

Die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Rieselfelder hat ihren Verwaltungsbericht für 1897/98 dem Magistrat erstattet. Aus dem Berichte ist folgendes von allgemeinem Interesse. Aus dem Kollegium der Deputation ist am 1. Mai 1897 der Geh. Baurath Dr. Hobrecht ausgeschieden. Die Kanalbauten hatten am 31. März 1898 innerhalb des Weichbildes von Berlin eine Ausdehnung von 161 433,63 laufende Meter an gemauerten Kanälen und 646 756,63 laufende Meter an Thonrohrleitungen der verschiedensten Dimensionen. Auf Gebieten der benachbarten Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Lichtenberg waren außerdem bis zu jenem Tage 5438,49 laufende Meter an gemauerten Kanälen und 33 178,34 laufende Meter an Thonrohrleitungen im Anschlusse an die an diese Gebietstheile unmittelbar anstoßenden Radialsysteme ausgeführt. — Im Betriebe sind bemerkenswerthe Störungen nicht vorgekommen. Die Zahl der angeschlossenen Grundstücke beträgt innerhalb von Berlin 24 739, innerhalb jener Gebietstheile der Nachbargemeinden 1056, zusammen also 25 795 Grundstücke. Aus diesen Grundstücken, ferner einigen größeren Etablissements außerhalb der Stadt und dem Straßengebiet ist während des Verwaltungsjahres eine Abwässermenge von 73 180 728 Kubikmetern (200 495 Kubikmeter pro Tag) — 1 593 316 Kubikmeter mehr als im Vorjahre — den Rieselfeldern mittels der riesigen Pumpwerke der einzelnen Radialsysteme zugeführt worden. Die Betriebskosten für die Haus- und Straßenleitungen, die Kessel- und Maschinenanlagen auf den Pumpstationen und die nach den Rieselfeldern führenden Druckrohrleitungen belaufen sich für das Grundstück auf 40,75 M., für den Kopf der Bevölkerung auf 59,7 Pf., für das Kubikmeter geförderter Abwässer auf 1,42 Pf.

Die Jubelfeier zu Ehren der Rückkehr aus Jerusalem scheint doch nicht überall in staatserhaltenden Kreisen Anklang zu finden. Während das freisinnige „Berliner Tageblatt" den Arrangeuren der flammenden Begeisterung freundlich zulächelt, müssen die Herren sich von der weit nach rechts stehenden „Berliner Börsen-Zeitung" sehr bittere Wahrheiten sagen lassen. Das Blatt kanzelt das merkwürdige Festkomitee folgendermaßen herunter:

„Wir haben diesem Aufruf gern Aufnahme in unseren Spalten gewährt, möchten aber hinzufügen, daß uns die von den Herren angeregte Idee nicht glücklich und sogar bedenklich erscheint. Wir werden bei unseren Lesern kaum in den Verdacht allzu radikaler Sinnesweise kommen, wenn wir den Standpunkt vertreten, daß auch in dem politischen und loyalen Enthusiasmus ein gewisses Maß innegehalten werden soll, daß der Berliner Bevölkerung nicht ein Begeisterungstaumel eingeimpft werden dürfe, der ihr, ihrem ganzen nüchternen Charakter gemäß, fremd und unverständlich ist. Wir haben in den letzten Jahrzehnten uns der sonderbarsten Anlässe wegen festlich aufregen müssen; wenn es jetzt auch noch Mode werden sollte, daß wir bei jeder Rückkehr des Kaisers von einer Vergnügungsreise unserem Jubel und unserem Entzücken öffentlichen Ausdruck zu geben haben, so wäre das ein Zustand, der einer ernsten Arbeitsstadt, der eines großen und politisch erwachsenen Volkes unwürdig wäre. Es handelt sich in diesem Fall darum, den Anfängen zu widerstehen. Der Kaiser reist, sei es seines Vergnügens wegen, sei es aus Höflichkeitsverpflichtungen, sehr oft und er reist auch oft recht weit fort. Es wäre zu befürchten, daß, was bei der Palästina-Reise freier Entschluß war, bei der nächsten Nordland- oder Italien-Reise Zwang geworden ist, und daß der byzantinische Brauch sich einbürgert. Dem muß jeder widersprechen, der noch nicht von dem Barock-Enthusiasmus des neuesten Kurses angesteckt ist, dem noch schlichter Preußensinn im Geiste Wilhelms I. am Herzen liegt. Freuen wir uns, daß das Kaiserpaar von seiner Reise gesund zurückkommt, aber schreien wir unseren Jubel nicht über die Dächer und wahren wir das bischen Bürgerstolz, daß uns in dieser schwierigen Zeit noch geblieben ist.

Der abseits stehenden Arbeiterschaft kann es ja ziemlich gleichgiltig sein, ob diese sehr derbe Lektion von Wirkung ist oder nicht. Viel interessanter als die ganze Jubelgeschichte an sich ist die Frage, wie ihre äußeren Effekte geschäftlich zu stande kommen werden. Das eine der Komitemitglieder (A. Weiß) hat ein großes Dekorationsgeschäft, ein anderer Unterzeichner (Paul Fischer) ist Hoftapezirermeister, ein dritter (Naglo) macht in elektrischen Beleuchtungen, der vierte (Röhlich) hat eine Vergolderwaaren-Fabrik, der fünfte endlich (Demuth) ist Hof-Buchbindermeister. Es ist unter anständigen Leuten ja ganz selbstverständlich, daß sie, wenn sie zu einem von lauterem Patriotismus beseelten Komitee zusammentreten, auch nicht das geringste von den erheblichen Geschäftsprofiten einheimsen dürfen, die durch die Vorarbeiten ꝛc. zu dem projektirten Fest jedenfalls abgeworfen werden. So wird denn gewiß weder Herr Hof-Buchbindermeister Demuth die Fertigstellung der geplanten Adresse in gewinnbringende Entreprise nehmen, noch wird sonst einer der genannten Geschäftsleute irgend eine der sehr profitablen Dekorations- und Beleuchtungsarbeiten zu seinem Nutzen verrichten. Solche Enthaltsamkeit muß schon von den Herren geübt werden, damit durch sie nicht auch noch der letzte Rest des Glaubens an die Lauterkeit des modernen Patriotismus in der Bevölkerung zum Teufel gehe.

Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Oktober cr. 37 Familien mit 150 Personen und 55 Einzelpersonen. Am 1. November war der Bestand 34 Familien mit 104 Personen und 61 Einzelpersonen. — Im Laufe des Monats Oktober wurde das Obdach von 16 206 nächtlich Obdachlosen und zwar von 15 144 Männern und 1062 Frauen benutzt. Von diesen Personen wurden 21 dem Krankenhause Friedrichshain, 43 dem Krankenhause Moabit, 14 der Charitee, 40 der Krankenstation des Obdachs, 2 der Anstalt Wuhlgarten und 279 der Polizei überwiesen. — Gebadet haben in dem Obdach 8578 Personen.

Bei der Haupt-Stiftungskasse sind im Monat Oktober cr. eingegangen: An Vermächtnissen und Geschenken 1522,50 M.; an Kollektengeldern 29,50 M. und aus schiedsmännischen Vergleichen 1045,10 M.

Auf die Unzulänglichkeit des städtischen Almosengeldes wird angespielt in dem Verwaltungsbericht über die städtische Siechenanstalt. Die Beköstigung der Hospitaliten hat 1897/98 pro Tag und Kopf 47⁶/₁₀ Pfennig erfordert, ungerechnet die Extradiät und die Kosten der Zubereitung. Das erscheine, sagt der Bericht, nicht gerade allzu niedrig für eine Armenanstalt, wenn man in betracht ziehe, daß die Anstalt Engrospreise zahlt, und daß 47⁶/₁₀ Pf. pro Tag, also 14,28 M. pro Monat ungefähr dem von der Armendirektion gezahlten Almosen entsprechen, das zur Bestreitung aller Lebensbedürfnisse, nicht blos der Beköstigung, sondern auch der Wohnung, Kleidung u. s. w. dienen soll.

O welche Lust, Müllkutscher zu sein! Die Annehmlichkeiten dieses Berufes werden treffend illustrirt durch die „Feier" der 50. Polizeistrafe wegen Vergehens gegen die polizeiliche Ordnung, welche der Müllabfuhr-Kutscher Albert L. am Sonnabend Abend im Kreise von Kollegen in einer Schankwirthschaft der Müllerstraße beging. Mit den „Nebenstrafen", die ihm seine diversen „Brotherren" zudiktirten, dürfte das Hundert im Strafregister wohl erreicht werden.

Ueber den Selbstmord eines „Lebemannes" wird berichtet: In dem Hause Krausenstr. 76 wohnte seit vier Wochen als Chambregarnist der 66 Jahre alte Rentner Paul Ellinghaus, der vor Jahren aus Bremen nach Berlin kam und hier namentlich in den siebenziger Jahren als Lebemann eine Rolle spielte. Ellinghaus, der von seiner Frau getrennt lebte, kam in seinen wirthschaftlichen Verhältnissen mehr und mehr zurück. Immerhin aber war er auch in den letzten Jahren noch so gestellt, daß er seine Rolle, wenn auch in engeren Grenzen weiter spielen konnte. Vor vier Wochen aber mußte er sich noch mehr einschränken. Während er bis dahin noch in Hotels der Friedrichstadt gewohnt hatte, bezog er nun ein möblirtes Zimmer in dem bezeichneten Hause. In der letzten Woche scheinen seine Mittel ganz zur Neige gegangen zu sein. Am Freitag ließ er, um sich Geld zu verschaffen, durch einen Dienstmann verschiedene Werthsachen zum Pfandleiher tragen. Es war wohl der letzte Rest seines Vermögens, denn am Sonntag war er ganz mittellos. Abends jagte er sich zwei Kugeln in den Kopf. Als man mit dem Schwerverwundeten in der Charitee ankam, war er bereits todt.

Schwer verunglückt ist der Buchdrucker-Lehrling Karl Landmann, der bereits im dritten Jahre bei dem Buchdruckereibesitzer Klemm, Waldemarstr. 29, seine Lehrzeit absolvirt. L. war an einer im Gange befindlichen Buchdruckmaschine beschäftigt und hatte trotz strengem Verbote es unternommen, einen schief gegangenen Druckbogen aus dem Maschinengetriebe herauszuziehen. Bei diesem Versuche wurden die Finger des L. von den Walzen erfaßt und die rechte Hand in das Getriebe gerissen und völlig zermalmt. Der Verunglückte wurde schleunigst nach der Sanitätswache in der Adalbertstraße und von da aus nach dem Krankenhause am Urban geschafft.

Zu dem Einbruchsdiebstahl in der Muskauerstr. 41, über den wir vor einigen Tagen berichteten, wird gemeldet, daß der Einbrecher noch weiter sein Wesen treibt. Einer der Bestohlenen, der Kaufmann Ax erhielt die polizeiliche Mittheilung, daß der Dieb in einer Pfandleihe in der Wrangelstraße ein Fahrrad versetzt und als Legitimation die dem Kaufmann gestohlene Altersversicherungskarte vorgezeigt habe. Da der Einbrecher noch einen auf den Namen Sturm lautenden Lehrbrief hat mitgehen heißen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er auch diesen Ausweis mißbrauchen wird.

Nach gestillter Rache ist Sonntag Abend der Schlosser Robert Härder, der seit dem 1. Oktober von seiner Frau getrennt lebte, in den Tod gegangen. Frau Härder hatte unter den Mißhandlungen ihres Mannes, der wenig arbeitete, aber um so mehr trank, so viel zu leiden, daß sie ein Zusammenleben mit ihm nicht mehr aushielt. Härder konnte ihr das nicht vergessen. Sonntag Nachmittag verschaffte er sich Eingang in ihre Wohnung in der Teltowerstr. 82 und zerschlug alles, was ihm in die Hände fiel. Später ging er zu einer verheiratheten Tochter und erhängte sich in deren Wohnung.

Wegen Blutschande ist ein in der Oranienstraße wohnhafter Werkführer M., der in einer Pianofortefabrik angestellt war, mit seiner Schwester verhaftet worden. Aus dem sträflichen Verhältniß beider sollen mehrere Kinder entsprossen sein, von denen ein achtjähriges Mädchen am Leben ist. Dies Kind wurde dem Waisenhause zugeführt.

Zu wüsten Szenen kam es in der Nacht zum Montag auf dem Grundstück Andreasstr. 64. In der dort belegenen Herberge der Bäckergesellen erschienen nach Mitternacht einige Zuhälter und verlangten Getränke, die ihnen jedoch der Wirth, da er für die Ruhe seines Lokales fürchtete, nicht verabfolgte. Da sie sich nicht gutwillig entfernen wollten, wurden sie gewaltsam an die frische Luft gesetzt. Die Zuhälter holten jedoch aus einem Tingeltangel Verstärkung herbei und versuchten nun, ungefähr zwanzig Mann stark und mit Messern, Schußwaffen und Latten bewaffnet, die Herberge zu stürmen. Die Hausdiener und Gäste der Herberge stellten sich ihnen aber entgegen, und so wurde eine wahre Schlacht geschlagen, die erst ihr Ende fand, als ein Hausdiener, nachdem die Zuhälter mit einer Pistole geschossen hatten, einen Revolver herbeiholte und fünf Schrotschüsse auf die Angreifer abgab. Die Angreifer räumten unter Mitnahme ihrer Verwundeten den Platz. Es war mit solcher Erbitterung gekämpft worden, daß 16 Personen die Sanitätswache am Grünen Weg 71 aufsuchen mußten, ganz abgesehen von den verwundeten Zuhältern, die sich aus Furcht vor der Entdeckung nicht dahin wagten. Ein harmloser Passant erhielt ebenfalls einen Messerstich zwischen die Schulterblätter. Die nahegelegene Polizeiwache war bald von dem Anrücken der Zuhälter verständigt und um Schutz gebeten worden und so erschien denn auch, leider zu spät, nachdem man sich eine halbe Stunde lang geschlagen hatte, ein Schutzmannsaufgebot von 10 Mann, um — die Sache zu recherchiren.

Im Schlafe ist anscheinend am Sonntag Mittag ein unbekannter Mann am Luisen-Ufer tödlich verunglückt. Der Mann saß auf dem Geländer des Wasserthorbeckens und fiel plötzlich rücklings in den Kanal. Schiffer bemühten sich zwar um seine Rettung, als sie ihn landeten, war er jedoch bereits todt.

Mit Sublimat hat sich in der Nacht zum Montag die Prostituirte Lola L. in ihrer Elsasserstr. 84 belegenen Wohnung vergiftet. Nahrungssorgen sollen das unglückliche Weib, das früher hiesigen Malern vielfach als Modell gedient hat, in den Tod getrieben haben.

Erschossen hat sich am Sonntag Vormittag der Kriminal-Schutzmann Preuß in seiner Wohnung in der Kreuzbergstraße 5. Preuß war früher als Kriminalbeamter im Revierdienste beschäftigt, u. a. im 47. Revier in der Fichtestraße. Vor drei Jahren wurde er zur Sittenpolizei versetzt und seitdem wohnte er in der Kreuzbergstraße 5, wo er als Junggeselle ein möblirtes Hofzimmer gemiethet hatte. Was den Beamten zum Selbstmord getrieben hat, weiß man nicht.

Polizeilich wird berichtet: In der Nacht vom 5. zum 6. d. M. ist auf einer Bank in den Anlagen des Friedrichshains die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts in einem weiß- und blaugestreiften Barchentunterrock, weißen Leinewandlappen und braunem Packpapier eingehüllt, vorgefunden worden. Auch lagen am Thatorte Reste von schwarzem Futterstoff. Die Leiche ist nach dem Leichenschauhause gebracht worden. — Personen, welche zur Sache irgendwelche Angaben machen können, werden ersucht, sich wochentags in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags im Zimmer 326 des königl. Polizeipräsidiums zu melden.

Ein großer Fabrikbrand entstand Sonntag früh 5 Uhr Lindenstraße 43. Im ersten Stock des Quergebäudes befindet sich hier das Papierlager von Sieler u. Vogel, im zweiten Stock die Druckerei von Harrwitz und im dritten Stock die Setzerei von Harrwitz, sowie die Luxuspapierfabrik von Hoffmann u. Comp. Fast zwei Stunden mußte Wasser gegeben werden, da aus den Papiervorräthen immer neue Flammen emporzüngelten. Da die drei Etagen vollständig ausbrannten, die großen Vorräthe von Luxuspapierartikeln verloren sind und auch die Setzerei und Druckerei (Maschinen) unbrauchbar geworden ist, so ist der entstandene Schaden sehr beträchtlich. Zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen sollen auf Wochen hinaus arbeitslos geworden sein. Am empfindlichsten ist die Firma Hoffmann u. Comp. getroffen, da ihre Luxusartikel größtentheils auf die Weihnachtssaison berechnet waren. Die Aufräumungsarbeiten hielten die Wehr bis Mittag am Brandplatze fest.

Im Zirkus Busch wird eine neue Pantomime „Persien" gegeben. Der Name deutet an, daß die Märchenwelt des Orients in der Manege aufleben soll, und was im Zirkus vorgeht, mag in der That kaum jemals von der auch in Ispahan gewiß recht nüchternen Wirklichkeit erreicht worden sein. Ballet und abermals Ballet in glitzernder Kostümpracht, wunderbare Lichtwirkungen, Kameele, Maulthiere, Büffel, Elefanten zu Wasser und zu Lande, und dann noch aparte Zirkuskunststücke von solcher Verwegenheit, daß selbst starknervigen Leuten das Gruseln ankommt. Einmal springt der Held des Schaustückes hoch zu Roß von einer Felskuppe in die hochaufspritzende Fluth, ein anderes Mal vollführt er dies Wagestück sogar von der Zirkuskuppel aus. Und dann geht eine wilde Jagd von dichtgedrängten Pferden treppauf und treppab über alle möglichen Hindernisse hinweg — es ist unbegreiflich, wie das alles dahinrasen kann, ohne daß auch nur einem Menschen ein Haar gekrümmt wird. Es gereicht dem neuen Schaustück zum Vortheil, daß es ungleich seinen Vorgängern von einer leichtverständlichen Handlung getragen ist und sich nicht im geringsten in moralischen Problemen verliert. Außerdem wird es pantomimisch sehr verständlich dargestellt. Unter den nach dieser Richtung hin mitwirkenden Künstlern verdienen besonders Fräulein Albanahis, Herr Eschberger, Herr Cariot und der Clown Herr Daniels genannt zu werden. Der Beifall, den Direktor Busch sich durch die neue Gabe errungen hat, war vollauf verdient.

Das Berliner Aquarium hat mit einer durch die Adria-Station Rovigno bewirkten Sendung zahlreicher, jenes Meer bewohnenden Thiere höherer und niederer Ordnung eine Spezies erhalten, die hier wohl nie gezeigt werden konnte. Und was die Erwerbung noch besonders interessant macht, ist der Umstand, daß man dieses im Mittelmeer heimische Weichthier aus der Adria noch nicht kannte. Wir haben in ihm die größte Schnecke des Mittelmeergebietes und zugleich die einzige demselben angehörende Art dieser den südlichen Meeren zukommenden Gattung vor uns, nämlich die Tonnen- oder Faß-Schnecke (Dolium), so benannt wegen ihres bauchigen Gehäuses, das eine Höhe von 20—25 Zentimetern erreicht. Man hat den Riesen unter Seinesgleichen, der eine handgroße Fläche bedeckt, im Aquarium dem geräumigen Seerosenbecken des oberen Grottenganges überwiesen, wo er nicht nur durch seine Größe und die kugelig-eirunde, mit gewölbten Spiralrippen versehene Schaale, sondern auch durch einen gewaltigen, langen und dicken Rüssel auffällt, der von der Wurzel an einstülpbar ist und sich zwischen den Fühlhörnern befindet.

Feuerbericht. Sechs Alarmirungen waren am Sonntage zu verzeichnen. Ein umfangreicher Balken- und Fußbodenbrand rief die Wehr nach Kreuzbergstraße 75. Das Haus wurde stark beschädigt. Uebergekochtes Fett verursachte Invalidenstr. 32 einen Küchenbrand. Waßmannstr. 37 waren Papierabfälle und Preßkohlen in Brand gerathen, der jedoch wesentlichen Schaden nicht verursachte. Nach Meyerstr. 36 erfolgte Alarm, weil hier Kleider und Wäsche in Flammen aufgingen. Auch der Fußboden wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Thaerstr. 17 wurden bei einem Zimmerbrande Betten eingeäschert. Ein größerer Posten Brennholz war Boyenstr. 20 in Brand gerathen, doch konnte größere Gefahr beseitigt werden. Am Montag war Berlin vollständig feuerfrei.

Aus den Nachbarorten.

Das Schöneberger Ufer oberhalb der Potsdamer Brücke wird von heute ab für den Wagenverkehr wieder freigegeben.

Treptow-Baumschulenweg. Den Parteigenossen zur Kenntniß, daß der Verein „Vorwärts" am Bußtag (Mittwoch) eine Fußpartie nach Grünau veranstaltet. Treffpunkt früh 8 Uhr im Lokal von O. Lange. Um recht zahlreiche Betheiligung ersucht Der Vorstand.

Eine Biersteuer hat jetzt auch die Gemeinde Britz, dem Beispiele anderer Gemeinden, wie namentlich Spandaus und auch ihrer Nachbargemeinde Rixdorf, folgend, eingeführt. Nach der vom Kreisausschuß bereits genehmigten Steuerordnung tritt diese indirekte Gemeindesteuer in Britz am 1. Januar 1899 in kraft und zwar derart, daß von dem in dem Gemeindebezirk selbst gebrauten Biere ein Zuschlag von 50 Pf. zur Brausteuer erhoben wird, während auf dem in den Gemeindebezirk Britz eingeführten, auswärts gebrauten Bier eine Steuer von 65 Pf. pro Hektoliter ruht. Befreit von dieser Steuer ist nur dasjenige Bier, welches in Mengen von nicht mehr als 2 Litern eingeführt oder durch den Gemeindebezirk nur hindurchgeführt wird. Die Einführung zu Wagen ist nur in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends zulässig. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften sollen mit einer Strafe von 3 bis 30 M. geahndet werden.

Gerichts-Zeitung.

Der Roman eines betrogenen Mädchens wurde in der Verhandlung entrollt, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter dem Vorsitze des Landgerichtsraths Opitz stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurde die 31jährige Nätherin Marie Lehmann vorgeführt, eine Person, welche augenscheinlich unter dem Eindrucke schwerer körperlicher Leiden und Seelenqualen stand. Sie war des versuchten Mordes beschuldigt, begangen an ihrem früheren Bräutigam, dem Reisenden Franz Ulrich. Staatsanwalt Dr. Kleine vertrat die Anklagebehörde, Rechtsanwalt Dr. Werthauer hatte die Angeklagte zu vertheidigen. Das Geständniß der Beschuldigten läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Sie stammt aus dem Dorfe Hakenberg bei Neuhaldensleben, woselbst ihre Eltern noch heute eine kleine Bäckerei betreiben. Sie wuchs mit dem Sohne des Nachbarn, des Schneiders Ulrich, zusammen auf. Franz Ulrich war ein ansehnlicher Bursche; er wurde mit 18 Jahren Hilfs-Briefträger. Zu dieser Zeit verliebte die Angeklagte sich in ihn und es entspann sich zwischen ihnen ein Liebesverhältniß. Als dies zur Kenntniß der Eltern gelangte, traten sie dagegen auf, einestheils weil ihre Tochter etwas älter war als Ulrich, und weil sie anderntheils annahmen, daß sie Aussicht auf eine bessere Heirath habe. Von dieser Zeit an fühlte die Angeklagte sich im elterlichen Hause nicht mehr wohl, sie zog es vor, außerhalb einen Dienst anzunehmen, gab aber den Verkehr mit Ulrich nie auf. Im Jahre 1890 kam sie nach Charlottenburg, sie wollte in der Nähe ihres Bräutigams sein, der inzwischen zum Militär ausgehoben worden war und als Garde-Ulan in Potsdam stand. In Charlottenburg gab sie einem Knaben das Leben. Sie hatte für das Kind monatlich 18 M. Pflegegeld zu zahlen, aber trotz dessen bemühte sie sich, durch ihrer Hände Arbeit so viel zu verdienen, daß sie ihrem Bräutigam Zuwendungen machen konnte. Wie die Angeklagte behauptet, hat Ulrich ihr viele Male die Ehe versprochen, die Hochzeit sollte stattfinden, nachdem Ulrich mit seiner Militärzeit zu Ende war. Er schied im Herbst 1896 als Unteroffizier aus. Anstatt an die Erfüllung seines Versprechens zu denken, wurde Ulrich Reisender bei seinem Bruder, der hier die Generalvertretung einer auswärtigen Chokoladen- und Konfiturenfabrik inne hatte. Er kam von jetzt ab nur etwa alle Vierteljahre auf einige Tage nach Berlin und vermied dann, die Angeklagte zu sehen. Wußte die letztere eine Zusammenkunft zu erzielen, so zeigte Ulrich ihr gegenüber eine auffallende Kälte. Die Angeklagte hatte sich im Hause Stephanstraße eine Bäckereiniederlage eingerichtet und gehofft, daß Ulrich sich dadurch sollte bewegen lassen, einen eigenen Herd zu gründen. Als auch diese Hoffnung nicht in Erfüllung ging, gab sie das Geschäft wieder auf, miethete sich in demselben Hause 4 Treppen hoch eine kleine Wohnung und ernährte sich durch Nähen. Als Ulrich ihr Ende vorigen Jahres von Insterburg schrieb, daß er nicht im stande sei, sie zu heirathen, reiste die Angeklagte in ihrer Verzweiflung dorthin, um ihn umzustimmen. Sie mußte ihm bis Tilsit nachreisen, ehe sie ihn traf. Ulrich ließ sich auch umstimmen, und neuer Hoffnungen voll, kehrte die Angeklagte nach Berlin zurück. Hier entdeckte sie bald darauf, daß sie infolge des Verkehrs mit Ulrich von einer ansteckenden Krankheit befallen war. Nun will sie den Entschluß gefaßt haben, sich das Leben zu nehmen. Sie kaufte sich in einem Waffenladen einen Revolver und ließ sich vom Verkäufer über den Gebrauch unterrichten. Den mit fünf Patronen geladenen Revolver bewahrte sie in ihrer Kommode auf. Zu Pfingsten kam Ulrich wieder nach Berlin. Die Angeklagte suchte ihn in seiner Wohnung in der Ackerstraße auf. Zunächst ließ Ulrich sich verleugnen, sie drang aber in sein Zimmer und traf ihn hier an. Sie bat und flehte, er möge sie nicht verlassen. Ulrich versprach endlich, sie wieder besuchen zu wollen, worauf die Angeklagte sich entfernte. Nach einigen Tagen traf sie zufällig mit Ulrich auf der Straße zusammen. Sie erinnerte ihn an sein Versprechen. Ulrich fertigte sie aber kurz ab. Er müsse zum Bahnhof, kehre am 27. August zurück und werde sie dann besuchen. Die Angeklagte beschloß, daß dieser Besuch unter allen Umständen stattfinden und entscheidend sein solle. Sie wollte erst Ulrich und dann sich selbst tödten. Als Vorbereitung holte sie eine Schachtel gestoßenen Pfeffers aus der Küche und legte sie zu dem Revolver in die Kommode. Sie wollte dem Ulrich zuerst Pfeffer in die Augen streuen und ihn dann erschießen. Am Freitag, den 26. August, suchte die Angeklagte wiederum die Wohnung Ulrich's auf, um sich bei seiner Wirthin zu erkundigen, wann er von der Reise zurückkehren würde. Die Wirthin ließ sie einige Minuten allein im Zimmer, die Angeklagte untersuchte schnell den Inhalt eines unverschlossenen Koffers und entnahm demselben ein Packet Briefe, die sie schnell zu sich steckte. Als sie zu Hause sah, daß es Liebesbriefe von einem anderen Mädchen waren, gab sie jede Hoffnung auf und der Entschluß, ihn und sich zu tödten, wurde befestigt. Ulrich stellte sich am Nachmittage des 28. August gegen 4 Uhr in der Wohnung der Angeklagten ein. Er legte dem Umstande, daß sie nach seinem Eintritt die Thür von innen verschloß, kein Gewicht bei. Er wollte dem Verhältniß unter allen Umständen ein Ende machen und blieb all' ihrem Bitten und Flehen gegenüber ungerührt. Schließlich wollte er sich entfernen. Als er die Thür verschlossen fand und die Angeklagte sich weigerte, sie zu öffnen, holte Ulrich aus der Küche einen Feuerhaken und versuchte, die Thür mit Gewalt zu sprengen. Während dieser Arbeit warf Ulrich der Angeklagten vor, daß sie sich auch mit anderen Männern abgegeben habe. Durch diesen schmählichen Vorwurf will die Angeklagte in einen Zustand gerathen sein, der ihr jede Ueberlegung geraubt habe. Sie sei zur Kommode geeilt, habe die Schachtel mit Pfeffer und den Revolver herausgenommen, sei wieder auf Ulrich losgestürzt und habe ihm zunächst den Inhalt der Schachtel ins Gesicht gestreut. Dann habe sie dreimal auf Ulrich geschossen und zwar alle Schüsse gegen seinen Kopf gerichtet. Als Ulrich auf einen Stuhl niedersank, habe sie den Revolver gegen ihre eigene Schläfe gerichtet und zweimal abgedrückt, der Revolver sei aber nicht losgegangen.

Die Angeklagte hat über die Vorgänge in ihrer Wohnung früher die widersprechendsten Angaben gemacht. Bei ihrer Vernehmung vor der Polizei gab sie an, daß Ulrich und sie beschlossen hätten, gemeinschaftlich aus dem Leben zu scheiden. Ulrich habe sie gebeten, erst ihn und dann sich selbst zu erschießen. Bei ihrer jetzigen Vernehmung behauptete sie, daß sie versucht habe, sich zum Fenster hinauszustürzen, nachdem der Versuch, sich selbst zu erschießen, mißlungen war. Ulrich habe sie aber daran gehindert. Der Zeuge Ulrich bekundete, daß er hiervon nichts wisse, es auch nicht für möglich halte, denn er sei vor Schmerzen in den Augen durch den Pfeffer fast besinnungslos gewesen. Er habe drei Schüsse erhalten, den ersten in die Wange, den zweiten in die Nähe des Auges und den dritten, einen Streifschuß, in den Nacken. Das Sehvermögen auf dem linken Auge ist erloschen. Er hat längere Zeit im Krankenhause zubringen müssen, bevor er als geheilt entlassen werden konnte. Im übrigen giebt der Zeuge zu, daß das Verhältniß von der Angeklagten der Wahrheit gemäß geschildert worden ist.

Eine ganze Anzahl Zeugen bekunden, daß die Angeklagte in den letzten Jahren ein verändertes Wesen gezeigt habe. Sie sei stets sehr erregt gewesen und habe häufig geklagt, daß ihr Bräutigam, dem sie alles geopfert habe, nichts mehr von ihr wissen wolle. Auch körperlich sei sie in den letzten Jahren arg heruntergekommen.

Auf den Antrag des Vertheidigers gelangt eine Reihe von Briefen zur Verlesung, welche der Zeuge Ulrich noch in diesem Jahre an die Angeklagte gerichtet hat. Der Inhalt der Briefe fließt über von Versicherungen der Liebe und Treue. Gleichzeitig schrieb Ulrich seiner „zweiten Braut", so daß er mit beiden Mädchen ein Doppelspiel trieb.

Aus dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen ging hervor, daß alle drei Kugeln noch im Kopfe des Ulrich stecken. Es sei nicht ausgeschlossen, daß eine lebensgefährliche Operation nöthig sein werde. Ueber den Geisteszustand der Angeklagten Lehmann wird der Geheimrath Dr. Long als Sachverständiger vernommen. Er sei davon überzeugt, daß von einer Geistesstörung, wodurch die freie Willensbestimmung bei Begehung der That ausgeschlossen sei, nicht die Rede sein könne, wenngleich die Angeklagte sich zweifellos in großer Erregung befunden habe.

Die Schuldfragen beziehen sich auf versuchten Mord, auf versuchten Todtschlag und bei Bejahung der letzteren Frage auf mildernde Umstände.

Staatsanwalt Kleine schloß sein Plaidoyer mit dem Ausdrucke der Erwartung, daß die Geschworenen die Angeklagte des versuchten Mordes schuldig sprechen würden.

Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, hält es kaum für möglich, daß die Geschworenen die Schuldfrage in betreff des versuchten Mordes bejahen könnten, er erwartet, daß die Angeklagte des versuchten Todtschlags unter Zubilligung von mildernden Umständen schuldig gesprochen werde.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig des versuchten Todtschlags nach unmittelbar vorhergegangener Reizung durch eine ihr zugefügte schwere Beleidigung sowie unter Zubilligung von anderen mildernden Umständen. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte zwei Jahre Gefängniß, das Urtheil lautete auf nur sechs Monate Gefängniß. Die Angeklagte sollte auf freien Fuß gesetzt werden, sie erklärte indessen, ihre Strafe sofort antreten zu wollen.

Wie der Gemeindevorstand von Grünau sich beleidigt fühlte. Wegen Beleidigung der gesammten Gemeindevertretung bezw. wegen Beihilfe dazu hatte sich der Arbeiter Hermann Gustav Karl Brandt aus Treptow und der Buchdruckereibesitzer Heinrich Friedrich Karl Dimmick (in Firma Maurer u. Dimmick) in Berlin vor der I. Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. In der Nacht vom 19. zum 20. März d. J. und am Morgen des 20. März wurde in Grünau, wo die Wahl eines Gemeindevertreters für die dritte Klasse der Wähler unmittelbar bevorstand, ein Flugblatt verbreitet, in welchem aufgefordert wurde, den von den Arbeitern aufgestellten Kandidaten Gastwirth Lindenhayn zu wählen. Unterzeichnet war das Flugblatt mit „Das sozialdemokratische Wahlkomitee", als Drucker waren Maurer u. Dimmick angegeben. Da sich die gesammte Gemeindevertretung durch den Inhalt des Flugblattes beleidigt fühlte, wurde gegen Brandt als den Verfasser und gegen Dimmick als den Drucker Strafantrag gestellt und Anklage erhoben. Die Beleidigung sollte in folgenden Punkten gefunden werden: „Die Gemeindevertretung bleibt eine Interessenwirthschaft, sie kümmert sich um garnichts. Früh morgens ist die Straße von Grünau bis zum Bahnhofe unbeleuchtet. Die zahlreichen Arbeiter, welche noch im Finstern zum Bahnhofe gehen müssen, können sich ja die Knochen entzwei schlagen. Aber das schadet nichts, ein Pfund Menschenfleisch ist ja billiger als wie Pferdefleisch. Jetzt allerdings wären ja die Arbeiter gut genug, den Herren zu einer Ehre zu verhelfen, deren sie nicht würdig sind." Als Vertreter der Gemeindevertretung war der Vorsteher Fabrikant Dr. Scholwin geladen. Dieser erklärte, daß er sich durch den Inhalt des Flugblattes absolut nicht beleidigt gefühlt habe. Die Gemeindevertretung habe ihn jedoch beauftragt, Strafantrag zu stellen und dem habe er sich nicht widersetzen wollen. Der Staatsanwalt billigte zwar den Schutz des § 193 zu, hielt aber die Form für beleidigend und beantragte je 50 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung. In dem Flugblatt seien zweifellos scharfe Ausdrücke enthalten, aber dasselbe erschien in der Zeit der Gemeindevertreter-Wahl, wo ein jeder — sei er Sozialdemokrat oder sonst welcher Partei — das Recht habe, seine Interessen zu vertreten und seine Meinung zu äußern. Das sei geschehen, wenn auch in scharfen Worten. Im Wahlkampfe pflegt aber der Mund immer etwas voll genommen zu werden, und wenn das auch im vorliegenden Falle geschehen sei, so gehe daraus noch nicht die Absicht der persönlichen Beleidigung hervor, wie ja auch der Zeuge Dr. Scholwin erklärt habe, er hätte sich nicht beleidigt gefühlt. Aus allen diesen Gründen war eine Verurtheilung ausgeschlossen.

Eine Privatklage des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg gegen den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung" Prof. Kropatschek und den Redakteur der „Konserv. Korrespondenz" A. Clar beschäftigte gestern das Schöffengericht. Im letzten Reichstags-Wahlkampfe brachte das in Dresden erscheinende „Vaterland", das offizielle Organ der konservativen Partei in Sachsen, einen heftigen Artikel gegen die Antisemiten, insbesondere den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und erörterte die Frage, was die Konservativen von den reinen Antisemiten zu erwarten haben. Es wurde darin Herr Liebermann v. Sonnenberg in irgend welche Beziehungen zu einem ehrenrührigen Streit des Schriftleiters der „Deutschen Wacht" Welcker mit dem Antisemitenführer Vogel in Baden gebracht und angedeutet, daß er schlimme Enthüllungen zu fürchten habe, zu deren Vermeidung er plötzlich eine politische Schwenkung gemacht habe. Es sei nun für Eingeweihte kein Geheimniß, daß er aus diesem Grunde Leibeigener seiner früheren Gegner geworden sei, daß er das thun müsse, was diese wollen u. s. w. Der Artikel ging in die Nr. 6 der „Konservativen Korrespondenz" und aus dieser in Nr. 27 der „Kreuz-Zeitung" vom 18. Januar cr. über und hat zu der Privatklage Veranlassung gegeben. Dem Privatkläger stand Rechtsanwalt Katterbach zur Seite, die Angeklagten vertrat Rechtsanwalt Eschenbach. — Der Kläger bestritt, daß er irgendwelche Beziehungen zu dem Streite Welcker-Vogel gehabt habe und die vom „Vaterland" erhobene Beschuldigung, daß er irgend etwas Schlimmes zu verschleiern habe, jeglicher Begründung entbehre. Er halte es für eine Anstandspflicht der „Kreuz-Zeitung" den Wahrheitsbeweis anzutreten und wenn dieser — wie ganz sicher sei — vollständig mißlungen sein werde, offen zu erklären, daß die Verdächtigungen unwahr seien. — Rechtsanwalt Eschenbach erklärte, daß die Angeklagten die Verantwortung für den Artikel übernehmen, machte aber darauf aufmerksam, daß letzterer in der Hitze des Wahlkampfes geschrieben und von den Angeklagten gutgläubig aufgenommen sei und daß die Konservativen auch sehr oft in die Lage gekommen seien, sich gegen heftige Angriffe der Antisemiten wehren zu müssen. So habe der Privatkläger einmal in einer Wahlrede gesagt, daß, wenn er die Wahl habe zwischen einem konservativen Halbjuden und einem freisinnigen Deutschen, er dem letzteren den Vorzug gebe. Der Kläger bemerkte hierzu: Rechtsanwalt Eschenbach werde aus eigener Wissenschaft nicht bestreiten, daß Halbjuden an der Spitze der konservativen Partei stehen. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Artikel über die im Kampf politischer Gegner erlaubten Grenzen hinausgehe und die darin enthaltene Verdächtigung geeignet sei, das bürgerliche Ansehen des Privatklägers zu schmälern. Da die Angeklagten nicht im stande seien, diesen Verdacht irgendwie zu erhärten, so müsse ihn das Gericht für völlig grundlos halten. Der Artikel stelle positive Behauptungen nicht auf und deshalb sei nur § 185 anwendbar. Mit Rücksicht auf die ganze Sachlage habe der Gerichtshof auf je 50 M. Geldstrafe eventuell je zehn Tage Gefängniß, Publikationsbefugniß für den Beleidigten und Unbrauchbarmachung der Platten und Formen erkannt.

Die Rechtlosigkeit der ostelbischen Landarbeiterschaft tritt grauenvoll durch eine Gerichtsverhandlung zu tage, die sich am 10. November vor dem Schwurgericht zu Bartenstein in Ostpreußen abspielte. Auf dem Rittergut Jankenwalde hatte der Gärtner Robert Wittstock die beim Rübenbau beschäftigten polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu beaufsichtigen. Als am 22. Juni d. J. die polnische Arbeiterin Frau Redziolka sich einen Augenblick vom Unkrautjäten emporrichtete, schlug Wittstock die Frau so brutal, daß sie hinfiel. Das Weib schrie auf, worauf Wittstock sie mit der Erklärung, daß sie nicht weiter arbeiten solle, gewaltsam vom Felde brachte. Der entstandene Lärm lockte die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Gemißhandelten heran und einige Leute, darunter auch der Ehemann der Geschlagenen, gingen auf den Aufseher zu, um ihm die nothwendigen Vorhaltungen zu machen. Wittstock zog darauf einen Revolver hervor und rief den Arbeitern ein „Zurück" entgegen. Mit Ausnahme des empörten Ehemannes folgten sämmtliche Arbeiter der Warnung. Als Redziolka weiter vorschritt, um sich seiner Gattin anzunehmen, drücke Wittstock los und traf den Arbeiter mit einem wohlgezielten Schuß in die Brust, so daß der Unglückliche todt zusammenbrach.

Die zum großen Theil aus Gutsbesitzern bestehenden Geschworenen fanden an Wittstock keine Schuld, worauf dieser **freigesprochen** wurde.

Solche Erscheinungen muß man im Auge behalten, um die Landflucht der Arbeiterschaft begreifen zu können.

Versammlungen.

In einer außerordentlichen Versammlung der Former und Berufsgenossen wurde über die Beschickung des Formertages diskutirt. Korsten bedauerte in seinem Vortrage den schwachen Besuch der Versammlung. Es sei äußerst wichtig, daß die Berliner Former zu der Organisationsfrage Stellung nehmen. In allen Gegenden Deutschlands sei große Antheilnahme an einer Reorganisation. Durch die zweifache Organisation käme es, daß von 70 000 deutschen Formern nur 12 000 organisirt seien. Die Unternehmer seien bedeutend besser organisirt. Die Former sollten sich ihre Gegner zum Beispiel nehmen. Die letzten Streiks hätten gelehrt, daß die Unternehmer ruhig bei kleineren Streiks die Arbeit weitergeben. Das veranlasse die großen Arbeitsniederlegungen und Aussperrungen, die von kleineren Organisationen garnicht durchzuführen seien. Die Arbeitslosen-Unterstützung sei auch wichtig zur Kräftigung der Organisation. Jedenfalls müsse manches bedacht werden, um den Formern eine bessere Organisation zu geben. Der Referent äußert dann, daß die Frage noch nicht diskutirt sei. Erst müsse ein Boden für die Annäherungen der Organisationen geschaffen werden. Jedenfalls aber sei der Formertag nöthig, um endlich eine Einigung herbeizuführen. Es sei die höchste Zeit, den Fabrikanten geschlossen entgegen zu treten. In der folgenden äußerst lebhaften Diskussion äußerten sich sämmtliche Redner im Sinne des Referenten. Doch wurde betont, daß die Frist bis zur Beschlußfassung über die Beschickung des Formertages bis zum 15. November zu kurz sei. Naether gab der Ansicht Ausdruck, daß die Vorstände der Organisationen sich erst über die Punkte verständigen müssen, die auf dem Formertage besprochen werden sollen. Dann aber sei der Formertag nicht befugt, über den Anschluß der Former an eine Organisation zu beschließen. Das könnten nur Generalversammlungen der einzelnen Organisationen. Darauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, da den fortgesetzten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen nur durch einmüthiges Vorgehen entgegen gewirkt werden kann, sich mit der von Formern anderer Städte angeregten Abhaltung eines Formertages einverstanden zu erklären und ihn zu beschicken. Die Versammelten ersuchen die Generalkommission in Hamburg, an die Vorstände des Zentralverbandes deutscher Former und des deutschen Metallarbeiter-Verbandes die Aufforderung zu richten, in kürzester Frist zu einer Konferenz zusammenzutreten, um über die Grundlagen zu berathen, auf denen ein wirksames Zusammenarbeiten aller Former möglich ist. Die Versammelten sind überzeugt, daß erst, wenn eine solche Grundlage gewonnen ist, eine zweckmäßige Berathung auf dem Formertag stattfinden kann. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der empfiehlt, den Formertag bis zum 1. Januar zu vertagen.

Die Brauer und Brauerei-Arbeiter hatten am Sonntag eine Versammlung anberaumt, die von etwa 100 Personen besucht war. Wie aus einem Referat Richter's hervorgeht, hat die im November vorigen Jahres eingesetzte Kommission dem Kuratorium des Arbeitsnachweises die Wünsche der Arbeiter in bezug auf die Abänderung der Satzungen des Arbeitsnachweises eingereicht. Auf eine kürzlich an den Vorsitzenden des Kuratoriums ergangene Anfrage hat derselbe der Kommission geantwortet, der Verein der Brauereien habe Ende Oktober eine Aenderung der Satzungen des Arbeitsnachweises genehmigt, dieselben würden vielleicht Anfang nächsten Monats einer öffentlichen Versammlung der Brauerei-Arbeiter zur Abstimmung vorgelegt werden. Weiter machte der Referent darauf aufmerksam, daß noch im Laufe dieses Jahres die Neuwahlen zum Kuratorium stattfinden müssen, und daß bei dieser Gelegenheit die Arbeiter zuverlässige Vertreter ihrer Interessen in das Kuratorium senden mögen. In der Diskussion wurde auf Mißstände, die beim Arbeitsnachweis bestehen, hingewiesen. Namentlich hob man hervor, daß die Unternehmer darauf ausgehen, die Rechte, welche den Arbeitern in den Satzungen des Arbeitsnachweises zugebilligt werden, zu umgehen, auch werde in verschiedenen Brauereien die festgesetzte Arbeitszeit durch Ueberstunden oft sehr erheblich überschritten. Es wurde folgender Antrag angenommen: Die Versammlung bedauert, daß die seinerzeit gewählte Kommission nicht zur Berathung der Aenderung der Satzungen des Arbeitsnachweises seitens des Vereins der Brauereien Berlins hinzugezogen worden ist. Da der genannte Verein bereits einen Beschluß über die Satzungen gefaßt hat, so erwartet die Versammlung, daß die Abänderungen unverzüglich den Brauerei-Arbeitern mitgetheilt werden, damit sie auch ihrerseits Beschluß darüber fassen können. — Hierauf berichtete Neumann über die Thätigkeit der Agitationskommission. Die Kommission habe ein arbeitsreiches Jahr hinter sich, wenn auch ihre Arbeiten in der Oeffentlichkeit nicht bemerkbar gewesen seien. Es fanden 4 Versammlungen, 14 Sitzungen und zahlreiche Vorstellungen in Brauereien statt. Die Kommission habe sich in vielen Fällen mit Erfolg bemüht, Maßregelungen rückgängig zu machen und Differenzen zu schlichten. Die Abrechnung des Kassirers Preuß schließt mit einer Einnahme von 189,09 M., einer Ausgabe von 159,80 M. Nach einer längeren, rein persönlichen Debatte wurden folgende Personen in die Agitationskommission gewählt: Preuß, W. Richter, Tröger, Neumann, Trautmann, Durlow, Reichert, Allenstein, Dietrich.

Charlottenburg. Die am Sonntag in der Gambrinus-Brauerei tagende Kommunalwähler-Versammlung war infolge verschiedener äußerer Umstände nicht sonderlich stark besucht. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Siegrist wurde Genosse Paul Hirsch einstimmig als Kandidat für die Ersatzwahl im VI. Bezirk proklamirt. Sodann entwickelte Hirsch das Programm der sozialdemokratischen Partei auf kommunalem Gebiete, in dem er sich besonders eingehend über das Volksschulwesen und die Armenverwaltung verbreitet. An den Vortrag knüpfte sich eine längere Diskussion. Die nächste Kommunalwähler-Versammlung findet am Sonntag, den 20. d. M., in demselben Lokale statt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Vorsitzender: Adol. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Kortum, Manteuffelstr. 50, vorn II. **Dienstag**, abends 9—11: Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder: „Steinelche", Klopschuß, Manteuffelstr. 91. — „Senefelder", Schüler, Rosenthalerstr. 57. — „Gerechtigkeit" (Westen), Werner, Bülowstr. 59. — „Olympia", Sirett, Naunynstr. 86. — „Hand in Hand I", Richter, Mariannenstr. 41. — „Kreuzberg", Eckhardt, Solmsstr. 5. — „Edelweiß", Stehmann, Melchiorstr. 15. — „Echo II", Mündner, Linienstr. 19. — „Wiederhall", Schnieber, Admiralstraße 21. — „Freiheit II", Herrguth, Adlershof, Oppenstraße. — „Myrthenblätter", Blume, Prenzlauer Allee 14. — „Unverzagt II", Bensselstr. 9. — „Freies Lied", Friedrichsberg, Schuhmann, Frankfurter Allee 181. — „Rothe Nelke I", Obst, Schöneberg, Grunewaldstr. 110. — „Rothe Nelke II", Rosin, Kuppinerstr. 42. — „Vorwärts IV", Engel, Rathenow, Jägerstr. 25. — „Alpenglocke", Gold, Große Frankfurterstr. 133. — „Eichenkranz", Jean Poillon, Prenzlau, Schnellestr. 67. — „Weddinger Harmonie", Mittrodt, Müllerstraße 7a. — „Vorwärts VIII", Schurbaum, Marwitz in der Mark. — „Freie Sänger III", Heegermühle bei Eberswalde. — „Frohsinn I", Meriens, Rummelsburg, Goethe- und Kantstraßen-Ecke. — „Akazie" (gemischter Chor), Metzner, Oranienstr. 184. — „Sangeslust II", Bergmann, Pasewalkerstr. 3. — „Weiße Rose", Malchin, Reinickendorf, Residenzstr. 101a. — „Arbeiter-Maibund", Hiemke, Rowawes, Wallstraße. — „Vorwärts VII", Breves, Rummelsburg, Kant- und Goethestraßen-Ecke. — „Zündholz", Abendroth, Badstr. 42. — „Alliance" (Maler), Restaurant, Kaiser Franz-Grenadierplatz 7. — „Glasarbeiter", Zeidler, Köpenick, Müggelheimstraße 29. — „Esmeralda", Baatz, Cottheniusstraße 3. — „Kreuzberger Harmonie", Möhring, Admiralstraße 18a. — „Sangesblüthen", Böttcher, Krautstr. 6. — „Melodia II", Pappel-Allee 114. — „Nord-Ost", Göbel, Landsberger Allee 156. — „Alpenglühen", Klopsch, Falckensteinstr. 38. — „Freie Feldblume", Batterroth, Skalitzerstr. 51/52. — „Grüne Eiche", Babenschneider, Rixdorf, Hermannstr. 197. — „Freiheitsklänge I", Sommer, Grünstr. 20. — „Harmonie III", Banselow, Rixdorf, Kirchhofstr. 29. — „Einig", Scherre, Blumenstr. 38. — „Morgenroth" (gem. Chor), Rummelsburg, Thiele, Türrschmidt- und Mozartstraßen-Ecke. — „Einigkeit II", Gold, Frankfurterstr. 133. — „Cäcilia" (gem. Chor), Brandenburg a./H., Vettermann, Wilhelmsdorferstr. 111.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof. **Dienstag:** Rauchkl. „Eldorado", Weidenweg 83, Riesling. — „Grüne Eiche", Urbanstr. 87, Schneider. — „Blüh' auf", Wrangelstr. 32, Lukas. — „Ambalema", Forsterstr. 19, Uckel. — „Neuer Berliner Rauchklub", Reichenbergerstr. 146, Drogge. — „Phönix", Schöneberg, Hauptstr. 97, Donath. — „Domingo", Waldemarstr. 16, Tauchert. — „Rothe Rose", Boeckhstr. 21, Krebs. — „Veilchenduft", Hennigsdorferstr. 4,

Günther. — „Kollegia", Reichenbergerstr. 157, Bergner. — „Einigkeit I" Rixdorf, Hermannstr. 232, Wulk. — „Rauchau", Simeonstr. 18, Nitsche. — „Kamerun", Weidenweg 22, Fialkowsky. — „Palmeria", Lamprecht, Kastanien-Allee 95. — „Korea" Weidenweg 90, Junge. — „Waldmeister", Marienburgerstraße 47, Kläke. — „Neuer Hain", Langenbeckstr. 4, Techtmeier. — „Bruderbund", Grünauerstr. 5, Gallawsky. — „Blüthenduft", Cottbuserstr. 1, Fedike. — „Rubiga", Britzerstraße 46, Herzog. — „Lange Pfeife", Friedrichsberg, Rummelsburgerstr. 23, Neitzel. — „Pfeifenkopf", Caprivistr. 4, Wolf. — „Stambul", Neu-Weißensee, Streustr. 3, Stegemann. — „Gemüthlichkeit I", Wienerstr. 7, Gläser. — „Diana", Schütz, Bremerstr. 71. — „Immergrün", Manegold, Liegnitzerstr. 18. — „Katro", Buttmannstr. 9, Engler. — „Blaue Wolke", Putbuserstr. 30, Reimann.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Dienstag: Gesangverein „Fester Wille", Alexandrinenstr. 32, Dietrich. — Arbeiter-Zithero. „Einigkeit", Reichenbergerstr. 19, Lehmann. — Musikv. „Osiris", Wrangelstr. 11, Blum. — Flugtaubenv. „Vorwärts-Nord", Ackerstr. 17, Reuter. — Vergnügungsv. „Fortuna", Blumenstr. 36, Weiß. — Musikv. „Norddeutsche Klänge", Swinemünderstraße 51, Renter. — Musikv. „Tusch", Nebelin, Langestr. 108. — Musikv. „Einigkeit", Grünthalerstr. 3, Hemmerling. — Quartettv. „Wedding", Chausseestraße 72, Meißner. — Theaterv. „Concordia", Elisabethstr. 30, Scholz. — „Wünischscher gem. Chor", Rosenthalerstr. 57, Schiller. — Geselliger Klub „Don Juan", Lindenstr. 106, Zubeil. — Vergnügungsv. „Feldblume", Mauenstr. 9, Nowack. — Gesangv. „Schildhorn", Usedomstr. 33, Olbötter. — Turnv. „Osten", Lehrl.-Abth. abds. 8½ Uhr, Blumenstr. 63a. — Theaterv. „Aichenbrödel II, Ackerstr. 144, Vorst. Kasino. — Musikv. „Thalia", Stalitzerstr. 26, Jechow. — Musikv. „Preziosa", Schädler, Putbuserstr. 32. — Touristenkl. „Ruf", Reichenbergerstr. 24, Kieburg. — Gesangv. „Endlich Vereint" (gem. Chor), Schwarz, Elsasserstr. 16. — Gesangv. „Maiglöckchen Nord", Ramlow, Schönhauser Allee 135. — Arbeiter-Theaterverein „Charlottenburger Bühnenklub", Bayer, Charlottenburg, Wallstr. 96. — Jhn'scher Gesangv. „Humor", Mann, Strausbergerstr. 3. — „Arbeiter-Turnv. Weißensee", Uebungsstunde abends 8 bis 10 Uhr Albrechtshof, Parkstraße.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an E. Brakke, Schulstr. 24. **Dienstag:** Schwimmklub „Vorwärts". Uebungsstunde abends 7 Uhr, Bad der Wasserfreunde, Kommandantenstr. 7/8.

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turnv. „Fichte", Berlin, abds. 8—10 Uhr: 2. Männerabth.: Skalitzerstr. 55/56; 4. Männerabth.: Stephanstraße 3; 5. Männerabth.: Ackerstr. 67; 6. Männerabth.: Stallschreiberstr. 54; 1. Lehrlingsabth.: Friedenstr. 37; 3. Lehrlingsabth.: Bockstr. 21; 1. Damenabtheilung: Mariannenufer 1a. — Männer-Turnv. „Eiche", Köpenick, Klein's Hotel (Wilhelmsplatz), abds. 8—10 Uhr: Uebungsst. — „Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz", Wirsing, Kneisebeckstr. 113, 6½—8½ Uhr: 1. Schülerabtheilg., 8½—10½ Uhr: 1. Männer- und Lehrlingsabtheilg. — „Turnerschaft d. V. Nereus", Männerabth., Reichenbergerstr. 131/132, abds. 8—10 Uhr.

Lese- und Diskutirklubs. Dienstag: „Süden", Ewald, Schönleinstraße 6.

Arbeiter-Stenographenvereine. „Stolze" (Einigungssystem), Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstr. 16, abends 8½ Uhr.

Berliner Naturheilverein II. Heute, abends 8½ Uhr, im kleinen Saale des Restaurants Königshof, Bülowstr. 37: Vortrag des Herrn Dr. med. Hirschfeld über: „Was macht uns krank und was gesund?" Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

Kontrolle. Unbrauchbar. Warum sich darüber aufregen?

Gießen, Krankenkasse. Ueber die Verhandlungen im Reichstag können wir Ihnen augenblicklich keine Auskunft geben. Nach dem Kommentar zum Gesetz scheint die Fassung durchaus einwandsfrei. Ohne Zweifel hat demnach der Kassenführer die Pflicht, die Beiträge bis zur erfolgten Abmeldung einzuziehen und zwar ohne Unterschied von jedem der Meldenden. Die Ansicht der Genossen ist durchaus richtig, auch soweit das von Ihnen angezogene Beispiel in Frage kommt. Das Zurückzahlen derartig erhobener Beiträge ist unstatthaft. Es liegen Entscheidungen vor, welche diese Ansicht bestätigen.

E. M., Chikago. Wir empfehlen Ihnen die Schrift von Dr. A. Neumann-Hofer „Die Entwickelung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum deutschen Reichstage", Berlin, Buchhandlung Vorwärts, Preis 40 Pf., und die (amtliche) Statistik der Reichstagswahlen, Berlin bei Puttkammer u. Mühlbrecht, Preis 1 M. Auch diese Schrift können Sie durch unsere Buchhandlung beziehen.

R. 99. Rein. — **G. F. 100.** 1. Nein. 2. Nein, so ist § 179 nicht auszulegen. 3. 2 Jahre. — **41.** Sie müssen klagen. Auf grund des Urtheils können dann die Sachen durch einen Gerichtsvollzieher verkauft werden. —

Witterungsübersicht vom 14. November 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	768	S	2	wolkig	4	Haparanda	764	WSW	2	bedeckt	2
Hamburg	768	SW	2	bedeckt	10	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	769	SSW	2	wolkig	8	Cork	767	SW	4	Nlb. bed.	11
Wiesbaden	770	NO	1	bedeckt	5	Aberdeen	762	SSW	3	bedeckt	6
München	770	O	3	Nebel	3	Paris	769	O	1	Nebel	5
Wien	771	SO	1	Nebel	6						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 15. November 1898.

Mild und zeitweise heiter, vorherrschend wolkig bei schwachen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 15. November.

Opernhaus. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Herostrat. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Großstadtluft. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Der Star. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Martha, oder: Der Markt zu Richmond. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Hofgunst. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Lumpengesindel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Thalia. Der Hypothekenschuster. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Die Schuld der Schuldlosen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Onkel Jonas. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Napoleon. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Ein verfehltes Leben. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag: **Lumpengesindel.**
Mittwoch: **Geistliches Konzert.**
Donnerstag: **Wilhelm Tell.**

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Zum 6. Male:
Der Hypothekenschuster
Posse mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
Musik von Cornelius Schäler.
Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch: **Keine Vorstellung.**
Donnerstag: **Der Hypothekenschuster.**

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Mittwoch: **Geschlossen.**
Donnerstag und folgenden Tage: **Die Geisha.**
Sonntag (Todten-Sonntag): **Die Glocken von Corneville.** Romant. Oper in 3 Akten von R. Planquette.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Die Schuld der Schuldlosen.
Schauspiel in 5 Akten von Ad. Stolze.
Mittwoch: **Geschlossen.**
Donnerstag: Zum 1. Male:
Berliner Raketen.
Burleske in 3 Akten von B. Jacobson.
Sonnabend, 19. November, nachmittags 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen:
Wilhelm Tell.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Taubenstrasse im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge

Passage-Panoptikum.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Im Theatersaal von 6 Uhr ab:
Théâtre variété.
Neu! Lebend! Der Storchmensch!

Castan's Panoptikum.
Neu!! Neu!!
Lebendig begraben!!

Olympia-Theater.
(Circus Renz) Karlstrasse.
Täglich abends 8 Uhr:
Berliner Ausstattungsstück mit Couplets,
MENE TEKEL
Aufzügen und Kolossal-Ballets in 3 Akten (10 Bildern).
Sonntag Nachmittag 3½ Uhr: Dieselbe Vorstellung.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hatt.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf

CIRCUS BUSCH
Dienstag, den 15. November, abends 7½ Uhr:
Sport-Abend.
PERSIEN.
Außerdem: Auftreten des Herrn **Franz Gebhardt**, Ritter 2c., bisheriger Chef der k. k. spanischen Hofreitschule in Wien. Die neuen Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Auftreten des Frl. **Martha Mohnke** auf dem Vollblut-Wallach „Chips" a. d. Sherstne.
Morgen Mittwoch (Bußtag): **Keine Vorstellung.** — Donnerstag, abends 7½ Uhr: **Persien.**

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Novität! Zum 4. Male: Novität!
Onkel Jonas.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Oskar Klein. Musik von Wiecher.
Abends 8 Uhr:
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Mittwoch: Geschlossen. Donnerstag u. Freitag: **Onkel Jonas.** Sonnabend: **Gewonnene Herzen.** Sonntag: **Vorbeerbaum u. Bettelstab.**

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Wensel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Rohl, Schneider und Schrader.)
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orchester-Loge 1,50 M. Fremden-Loge 2 M.
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Die Billets zu den num. Sitzen sind stets 8 Tage vorher zu haben.
Neues Programm!

Reichshallen Restaurant.
Täglich:
Konzert d. Reichshallen-Orchesters
Entree frei.
Grand Restaurant! — Berühmter Mittagstisch! — Famose Biere!

Mähr's Theater
Oranienstr. 24.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
O diese Radler!
Burleske.
Clown Bimbo. Mlle. Rosa. Edler v. Metz. Little Willy.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich:
Bummelfritze.
Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen von Jacobsohn und Willen. Musik von Michaelis.
In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu das ausgewählte
Spezialitäten-Programm.
Neu! Neu! Neu!
Le cardo and Trepp,
Musik-Excentric-Comedians.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Täglich! Um 8½ Uhr Täglich!
Richard Winkler
in der erfolgreichen Burleske
Die Rosen vom Norden.
Dazu das riesengroße November-Programm.
Patty Frank-Truppe. Akrob. Marchetty, Equilibristen.
Gebr. Orig.-Niagara.
Los Suarez, spanische Tänzer.
Ernst Sprecher × Helene Voss
Toska's lebend. Bilder-Gallerie, darg. v. 8 Damen! u. s. w.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.
Stürmischer Erfolg!
Armand'Ary.
Familie Agoust.
Robert Steidl.
Mr. Judge's dress. Seelöwen.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 18.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen
Zum Schluß
Jacques Offenbachs Operette
Insel Tulipatan.
Die Handlung spielt 3000 Meilen von Blankenese, 180 Jahre vor Erfindung der Velozipeden mit Dampfschraube.
Vereins-Billets
für Wochentage mit erheblicher Preisermäßigung stehen den geschätzten Vereins-Vorständen kostenlos zur Verfügung.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Novität! Sensationell! Novität!
Sensationeller Erfolg!
Die Circusfee.
Operette von Felsch. Musik von Baselt.
In Szene gesetzt von August Runge.
Neu! Charles Wolff, der berühmte Tanzhumorist.
Neu! Eugen Rosée, der beste aller Mimiker.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag: Jeden Dienstag:

Norddeutsche Sänger
Biegler, Wolff, Hohenberg etc.
Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Heute Dienstag, den 15. November:
In Saus und Braus.
Original-Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Jacobsohn u. Hahn. Musik von Michaelis.
Mittwoch (Bußtag): Keine Vorstellung.

Luisenhof, 1472*
Bukowerstrasse 9.
Verkehrslokal der Arbeiter-Bildungsschule und des Rudervereins Vorwärts. 2 Säle 120—150 Personen fassend, noch einige Sonnabende und Sonntage frei. Vereinszimmer noch einige Tage frei. Kl. Saal 80 Personen fassend, die Weihnachtsfeiertage frei.

Speisehaus
Rungestraße 19, parterre.
Kräftiger Mittagstisch m. Bier 0,50.
Reichh. Abendkarte zu kleinen Preisen.

Alt-Glienicke.
Für Ausflügler
Mittwoch, den 16. November (Bußtag):
Grosses Schlachtefest,
frische Blut- und Leberwurst, wozu ergebenst einladet
1012* **Heinrich Sass.**

Johannisthal.
Zum Mittwoch, den 16. November (Bußtag) lade alle Gäste zu meinem
Großen Schlachtefeste.
Karl Bastian („Waldkater").
Von früh 9 Uhr: eigen gemachte frische Blut- und Leberwurst, frisches Bier, gute Weine. 21605

Johannisthal!
Park-Restaurant!
Wwe. Elise Rau.
Empfehle am Bußtage bei Vereinspartien den Besuch meines Lokales. Vormittags Bouillon, frische Wurst, Pökelfleisch und Sauerkohl zu kleinen Preisen. Sonstige Speisen und Getränke in bekannter Güte. Nachmittags Kaffeekochen. — Für Vereine Extrareise.
Wwe. Elise Rau.

Vereinsspind
Noten (gem. Chor) billig zu verk. Memelerstr. 23, v. I., b. Herrn Künzel.

Vereinszimmer für Donnerstag zu verg. **R. Scheere,** Blumenstr. 38.*

2 Riesen-Kegelbahnen,
3 Vereinszimmer empf. Restaurant **Pieper,** Kreuzbergstr. 43. 1240*

Achtung! [552*
Vereine.
Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. **Fritz Nagel.**
„Feldschlößchen", Müllerstr. 142.

5¼ Pfd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangelstr. 9. Krautstr. 19.
Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Haben Sie
schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Ueberspannenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Fiszapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franko Zusendung zu sichern.
Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10,—** bei franko Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Packet Lametaschaum u. 12 Lichterhalter bei.
Lauscha in Thg. 81/5*
Karl Köhler, Schw. W.

Plissée-Brennerei. Jede Art Stoff wird ausgeschlagen und getollt. **Rich. Hintze,** Schöneberg b. Berlin, Hauptstr. 5/6. [2019b

Berichtigung!
Theile den w. Vereinen 2c. mit, daß ich die **Buchdruckerei** von **Gustav Ehrlich,** Hermannplatz 2, käuflich erworben habe. Es wird mein Bestreben sein, sämmtliche Arbeiten nach wie vor prompt und billig auszuführen. Um Ihre gütl. Unterstützung bittend, zeichne 21395
Gustav Ehrlich Nachfl.
Georg Hoffmann,
Hermannplatz 2, Kottbuser Damm.

Warne hierdurch jedermann, meinem Sohn Carl auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme.
August Silber,
21625 Falckensteinstr. 26.

Wäsche wird sauber mit der Hand gewaschen im Freien getrocknet. Preise: Gr. Bezug 15, kleiner 5, Laken, Leibwäsche à Stück 10 Pf., drei Handtücher 10, drei Servietten 10, vier Taschentücher 10 Pf. Abholung und Lieferung gratis. **Fr. Gottwald,** Köpenick, Kietz 11.

Angeschmutzte Damenhemden m. hübsch. Handstickerei, Nelsemuster, sonst tadellos, von 1,10 M. an, so lange Vorrath. Handstickerei-Wäschefabrik Donig, Alexanderstr. 30, Vorderh. 1 Tr.

Arbeitsanzüge W. Pahr Brunnenstr. 112.

Betten, Steppdecken, Gardinen, Portièren, Tischdecken, Wafferdecken. Winterpaletots, Anzüge, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläser spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Möbel auf Theilzahlung **J. Kellermann,** Neue Jakobstr. 26.

Für 36 Mark
fertige feine Winter-Paletots nach Maß, für 30 Mark hochfeine Anzüge nach Maß, für 8—12 Mark feine Hosen nach Maß. [392*
Riesenstofflager
Krausenstr. 14. I (kein Laden).

Großer Möbelverkauf Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Theilzahlungen unter den kulantesten Bedingungen. Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Sophastoffe auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [6103*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. Nb. 7-8.
Friedrichstraße 114, I.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4

Frdl. Schlafstelle für 1 Herrn bei Heinrich, Gr. Frankfurterstr. 14, H. I.

Eine Schlosserei weg. Todesf. bill. zu verkaufen. Franzstr. 5, 2 Tr. l.

Schlafstelle für 2 Herrn billig bei Burdack, Ritterstr. 110. 2175b

Schlafst. sof. z. v. Alte Leipzigerstr. 21, III*

Heute und folgende Tage:

Lebende Hechte	pro Pfd.	60	Pf.
Lebende Karpfen	„ „	70	„
Lebende Bleie	„ „	50	„
Lebende Quappen	„ „	50	„
Feinster Jütländer Schellfisch	„	20—25	„
Prima frischer Zander	„	40—50	„
Prima frischer Seelachs	„ Pfd.	20	„
Prima frischer Cabliau	„ „	20	„

Alle anderen Fluss- und Seefischarten zu Ausnahmepreisen.

16 Dragonerstraße 16
Otto Gundermann.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

(Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen.)
Dienstag, 15. November, abds. 8½ Uhr, in Weimann's Volksgarten, Badstrasse 56:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. **Unsere Taktik.** Referent **Wilhelm Liebknecht.** 2. Diskussion.

Zahlreiche Betheiligung erwartet 220/9
Der Vertrauensmann.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, bei Cohn, Beuthstraße 20/22:

Vertrauensmänner-Versammlung
für sämmtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
Die Resultate unserer statistischen Erhebungen. Referent: Kollege Kunze. Werkstattstreiks und Differenzen. Verbandsangelegenheiten. 109/7
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Lithographen, Steindrucker

und Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.)
Am Donnerstag, den 17. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Alexanderstraße Nr. 27 c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 97/9
Weitere Ausgabe der Urania-Billets zur Vorstellung am 4. Dezember 1898. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Verwaltung.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Am Freitag, den 18. November, abends 8 Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung

der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. Nr. 2 Hamburg). Oertliche Verwaltung Berlin.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1898. 2. Anträge zur General-Versammlung. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimirt. 250/10
Der Vorstand. J. A.: August Gonse, Barnimstraße 41a.

Zimmerer!

Am Mittwoch, den 16. November, abends 8 Uhr, im Moabiter Klubhaus, Beusselstr. 9:

Versammlung
für Moabit und Charlottenburg.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die Beschlüsse der Konferenz der durch Vertrauensleute zentralisirten Zimmerer. 2. Die Aufgaben der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. Referent Genosse **Fritz Kater.** 3. Verschiedenes.

Am Donnerstag, den 17. November, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Lindenpark", Schloßstraße 7/8 in Tegel:

Versammlung
für Tegel, Hermsdorf, Reinickendorf und Umgeg.

Referent: Stadtverordneter **Ernst Obst-Schöneberg.** Das Erscheinen sämmtlicher Kameraden ist nothwendig. 256/16
Die Vertrauensleute.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Ortsverwaltung Berlin).

Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß am 20. November, vormittags 10 Uhr, am 27. November, vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr, sowie am 4. Dezember, vormittags 10 Uhr und nachmittags 3 Uhr, je eine Vorstellung in der Sternwarte in Treptow stattfindet. Eintrittskarten zum Preise von 75 Pfennigen für die Vorstellung und Beobachtung durch das Riesenfernrohr können bei sämmtlichen Kassirern bestellt werden und sind im Verbandsbureau, Annenstraße 39, erhältlich. Die Besichtigung durch das Riesenfernrohr kann gesondert von der Vorstellung an jedem beliebigen Tage vorgenommen werden.
114/13 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Festsäle, Alte Jakobstrasse 32, (neben Central-Theater).
Empfehle meine Säle, 100—800 Personen fassend (mit Bühne), zu Festlichkeiten, **öffentlichen** wie Vereinsversammlungen, Kommersen 2c. zu den kulantesten Bedingungen. [272*] **Franz Müller.**

Wo? machen wir am **Busstag** unsere Herren-Partie hin? **Nach Pichelswerder zum alten Freund,** der hat geschlachtet und ladet ergebenst dazu ein. *

Brauerei Piehelsdorf empfiehlt den **Herren-Partieen zum Bußtage**
Oekonom: **Otto Starck**
Frische Wurst, Eisbein mit Sauerkohl, Pökelkamm mit Erbsenpuree und Sauerkohl, neben anderen Speisen in vorzügl. Zubereitung.

Empfehle meine beiden Lokale

„Pferdebucht" und „Kiekemal".

Mittwoch (Bußtag) in der „Pferdebucht":

Grosses Wurstessen.

Hierzu ladet ergebenst ein
W. Magdeburg.

Achtung für Ausflügler!
Mittwoch (Busstag) giebt's die allbekannte **frische Blut- und Leberwurst** bei 1492*
A. Senftleben, Johannisthal, Friedrichstr. 48.

Grünau! Schlachtefest! Grünau!
Am Bußtag von früh 9 Uhr ab **Wellfleisch und frische Blut- und Leberwurst,** wozu ergebenst einladet
Gustav Lindenhayn, Gastwirth.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträt** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Dem Schankwirth von der Brutstätte Brunnenstr. 168 zu seinem Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch!!!
5 Gastwirthsgehilfen und 1 Schock —.
21285

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 14. d. M., früh 2 Uhr, entschlief sanft nach langen, schweren Leiden, mein lieber Mann, unser guter Bruder und Schwager, der Kassenbeamte

Hermann Camp

nach kaum vollendetem 26. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Mittwoch (Bußtag), nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes Pappel-Allee aus statt.
In tiefem Schmerz. [2179b
Wittwe Bertha Camp.
Schwester Therese Camp.
Schwager Ferdinand Voß.

Verband aller im Handels- u. Transport-Gewerbe beschäft. Hilfsarbeiter Berlins
Bureau Kommandantenstr. 25.
Am Montag, den 14 d. M., früh 2 Uhr, verstarb nach langen, schweren Leiden der Kollege 75/15

Hermann Camp.

Die Beerdigung findet am Mittwoch (Bußtag), nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Freireligiösen Friedhofes (Pappel-Allee) aus statt. Treffpunkt der Mitglieder daselbst nachmittags 2 Uhr.
Der Verlust ist um so schmerzlicher, da wir in dem Verstorbenen einen treuen Freund und Mitarbeiter unserer Gewerkschaft verlieren.
Ehre seinem Andenken!
Um rege Betheiligung der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Heute, nachmittags 7 Uhr, entschlief sanft nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur

Goswin Immendorf

im vollendeten 37. Lebensjahre.
Dies zeigt mit der Bitte um stille Theilnahme an.
Berlin, den 13. November 1898.
Auguste Immendorf nebst Kindern, Sophienstraße 5.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalderstraße aus statt. 2181b

---

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere Tochter **Martha** im Alter von 6 Jahren nach langem Krankenlager am 13. d. M. sanft entschlafen ist. 2178b
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobi-Kirchhofes (Rixdorf) aus statt.
Max Blümke und Frau, Alte Leipzigerstr. 1.

Danksagung.

Meinen besten Dank für die zahlreiche Betheiligung und Kranzspenden am Grabe meiner Frau.
2168b **Paul Gaebeler.**

Armes Mädchen **verlor am Sonnabend, den 12. d. M.,** ihr **Portemonnaie** mit 12 M., 2 Adressen und 1 Ring Inhalt. Gegen Belohnung abzugeben Scharnweberstr. 37, 4 Tr., Friedrichsberg. Ida Wussow.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 6150Q*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert

---

Sämmtliche Maurer und Arbeiter, welche am Bau Tempelhofer Berg 6 im Jahre 1894 in der Woche vom 19. November bis 24. November gearbeitet und noch einen Tag Löhnung zu erhalten haben, werden ersucht, binnen 8 Tagen ihre Adresse an Liebigt, Charlottenburg, Leipnitzerstraße 59, schleunigst abzugeben.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitzbrücke), sowie bei
Heydeck, Fruchtstr. 35,
haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Tüchtiger
Pantographist
für Chromo-Original-Pieper, v. hiesiger Lithogr. Anstalt unter günstigen Bedingungen per sofort gesucht; dauernde Stellung. 2176b
Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit, Zeugniß-Abschr. und Ansprüchen sub P. 7 an die Expedition dieses Blattes.

Geldschrank-Schlosser verlangt. Neue Schönhauserstr. 14.

Die Orts-Krankenkasse der Mechaniker
sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen kautionsfähigen [2170b
Kassirer.
Kassenmitglieder werden bevorzugt.
Nur schriftliche Offerten sind an das Bureau, Klosterstr. 65/67, einzureichen.

Freie Volksbühne.

Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Gr. Projektions-Vortrag des Herrn Dr. W. Meyer: Um die Erde von Pol zu Pol
mit 200 fesselnden Lichtbildern.

Nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte, die eine grüne Marke à 25 Pfennig enthalten muss, haben Zutritt. — **Kinder haben keinen Zutritt. — Rauchen verboten.**
Sonntag fällt die Vorstellung aus. **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Ordentliche General-Versammlung
der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der
Orts-Krankenkasse
der
Maschinenbau-Arbeiter
und verwandten Gewerbe zu Berlin.
am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr,
im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1898
2. Verschiedenes.

Nach Schluß dieser gemeinsamen General-Versammlung findet **in demselben Lokale** und **in getrennter Wahlversammlung** eine General-Versammlung der Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer behufs Vornahme der erforderlichen Neuwahlen für den Vorstand statt (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer.)
Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher nothwendig ist, müssen **mündlich oder schriftlich** behufs Beantwortung derselben in der General-Versammlung dem Vorstande bis zum **22. d. Mts.** mitgetheilt werden.
Zahlreiches und **pünktliches** Erscheinen der Herren Vertreter ist sehr erwünscht. 21692
Das Mandat legitimirt.
Berlin, den 14. November 1898.
Der Vorstand.
Hans Zeyssig. C. Guthelt.

Glas-Christbaumschmuck!

1 Kistchen Glas-Christbaumschmuck mit 300 Stück nur größ. fein versilb. und bemalte Neuheit, a. Nesser, Perl., Kugeln, Glocken, Bög. 2c. Als Gratisbeilage füge einen Engel mit beweegl. Glasflügeln sowie eine Cigarrenspitze aus Bernsteinglas mit der eingehr. Photographie Bebel's od. Liebknecht's bei. Sämmtl. Sach. verf. für den bill. Preis von 5 M. 30 Pf. per Nachnahme.
Ernst Weschenfelder Tädel,
1429* Lauscha i. Thür.

Für 3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen schöne Muster 7—10 M. Fstr 12 M. f. Cheviot auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Kronenstr. 14, 1 Tr.,
Kein Laden. (38L*

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: **Hermann Scholze** 6322Q*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Möbel und Polsterwaaren. Großes Lager. Gediegene Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Theilzahlung! (*

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden

preisgekrönten dänischen Kautabak

aus der größten Tabaksfabrik Dänemarks **C. W. Obel,** Aalborg und Kopenhagen. — **General-Vertrieb für Berlin:**
Carl Röcker, Grüner Weg 8.
Telephon-Amt VII 3861. 5404Q*

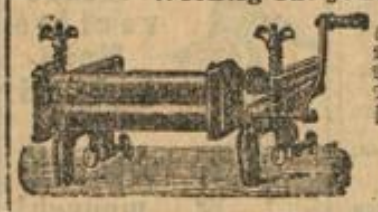
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Sprechst. 9-6. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. *

Kein Laden!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in 97Q*
Filz- und Seidenhüten, Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.

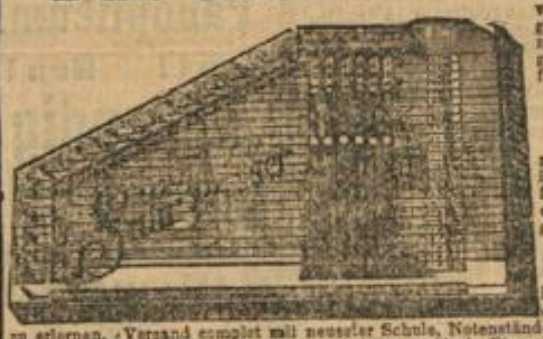
Richard Klose, Anklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang dom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Wichtig für jede Hausfrau! 6346Q



Eine praktische u. nützliche Haushaltungsmaschine ist eine **Prima Wringmaschine** mit besten Weichgummiwalzen und stellbaren Druckfedern. Dieselben liefert auch **auf Theilzahlung**
E. Krieg,
SO., Skalitzerstraße 136.
SO., Wrangelstraße 118.
W., Leipzigerstraße 112.

Für nur 7 Mark



versende ich gegen Nachnahme eine grosse, hochfeine **Concert-Accord-Zither** mit 6 Manualen, 25 Saiten, fein polirt und elegant ausgestattet, mit Stimmvorrichtung, wundervoll im Tonund in einer Stunde zu erlernen. Versand complet mit neuester Schule, Notenständer, Schlüssel, Ring und Carton. Früherer Preis dieser Zither 16 Mark. Ein solches Prachtinstrument dürfte in keiner Familie fehlen. 3 manualige zu **3 Mark.** Täglich lobende Anerkennungen und Nachbestellungen. Man bestelle bei
Heinr. Suhr, Musik-Instrumenten-Fabrik, Neuenrade i. W.

---

20. Ziehung d. 4. Klasse 199. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 14. November 1898. (Schluß.)
Nur die Gewinne über **220** Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

522 876 **1205** 21 311 552 [1000] 602 988 2054 172 85 409 76 615 723 996 [1000] 3557 986 4129 455 563 622 745 72 878 5595 752 904 64 6418 533 688 869 7024 30 188 457 87 8473 609 11 9122 66 254 624 47 917
10057 76 138 329 655 850 57 64 911 11022 78 582 715 866 12217 97 302 34 603 713 888 13227 465 667 [1000] 14097 322 422 683 15217 86 463 743 821 57 [3000] 60 79 [3000] 16029 292 386 17181 [3000] 217 360 81 452 503 10 91 815 936 18014 105 321 921 19165 99 275 451 603 10 24 [1000] 68 840 [1000]
20036 230 70 554 719 824 28 21395 436 834 60 71 22078 285 425 521 33 93 676 86 872 960 64 23210 389 [1000] 464 24381 577 772 25026 82 379 605 26300 67 497 643 917 51 27115 334 656 57 924 28012 36 164 272 497 29193 351 681 712
30074 542 [1000] 78 701 850 31064 142 345 94 32088 166 293 370 660 33462 549 781 34032 36 190 561 80 86 999 35065 120 249 565 691 790 876 934 52 36175 388 443 64 598 703 973 37290 77 588 684 784 957 38271 718 92 39183 242 354 491 513 638 98 [3000]
40063 453 57 707 806 968 41310 498 [1000] 988 42312 84 861 [500] 946 43344 419 44041 150 375 402 98 912 45334 63 551 637 46060 150 261 309 55 510 19 745 65 47184 325 48345 449 723 81 922 74 49031 [300] 130 253 425 [500] 83 656 750 80 834
50710 852 51152 322 458 [3000] 635 71 52512 691 92 53118 559 54018 107 [300] 349 580 920 33 55177 973 56212 589 615 867 907 [300] 34 [300] 57301 34 466 540 84 671 840 58141 77 331 503 51 852 908 59166 258 96 677 953 [300]
60195 217 587 61368 402 6 62077 306 54 [500] 796 996 [500] 63393 64260 603 90 65022 224 361 681 910 66018 154 305 785 835 67036 211 376 525 776 944 68301 664 84 816 72 69204 846 59 972
70041 796 822 42 97 [3000] 71095 575 72083 188 584 807 53 [500] 910 73012 93 119 78 483 639 65 751 844 74114 85 354 743 82 85 810 75158 205 474 532 853 76167 426 42 555 983 99 77097 50 529 [300] 67 679 [1000] 78175 94 204 603 764 79062 181 283 329 60 458 683 [1000] 787
80081 81115 588 745 82120 294 653 83048 162 71 493 581 964 84022 81 165 580 78 679 885 48 85225 375 86128 40 882 929 [3000] 87058 609 61 788 812 88093 402 576 [500] 720 92 [1000] 944 95 89155 [3000] 279 520 696 955
90122 343 594 635 81 88 91001 146 290 399 540 91 621 793 920 92005 9 224 [500] 30 64 812 607 93179 366 401 517 683 926 94149 381 520 857 81 95050 90 [500] 236 711 848 97119 63 85 360 514 57 753 868 98033 118 [300] 501 809 900 99207 370 625 [3000] 28 736 978 [300]
100587 740 101225 416 783 102491 609 802 954 103179 423 526 987 67 104044 346 464 710 849 105026 181 395 499 565 [300] 88 676 [500] 782 862 106370 435 593 658 779 107254 709 902 108073 566 109000 268 392
110156 248 56 313 17 41 568 723 886 111000 23 [3000] 472 514 62 692 949 112254 336 633 113520 659 [500] 91 912 76 114006 37 234 549 629 53 70 95 250 55 115071 508 710 839 976 83 116070 183 608 117019 [500] 658 78 118107 288 547 768 119372 454 704 38
120281 448 576 753 885 121290 530 122109 [500] 277 643 717 892 908 10 17 123146 407 20 506 96 610 814 124168 292 481 608 743 49 814 98 125054 259 364 618 904 46 126220 24 60 67 940 97 127026 524 71 128144 279 316 579 676 731 886 946 92 [1000] 129046 [300] 111 58 410 43 748 [300]
130169 642 131863 132109 133582 93 134188 511 611 25 853 901 10 [3000] 135002 41 378 456 563 136059 436 734 92 865 70 974 81 137456 71 526 605 723 885 79 138053 431 554 828 139292 [500] 381 505 765
140133 76 79 439 635 735 [3000] 97 899 904 [500] 141050 248 976 142216 876 906 37 143026 249 490 703 7 812 144030 305 547 674 [1000] 747 145029 151 52 586 623 735 80 146002 111 47 [500] 364 [300] 526 633 91 147070 87 108 604 148124 87 273 340 715 827 66 976 149648
150091 119 399 488 93 541 64 675 151314 400 641 76 152332 [1000] 498 645 864 153073 121 357 491 501 61 62 657 854 979 154603 13 768 902 155304 [300] 35 51 73 933 44 74 156251 [3000] 775 96 985 157043 148 221 49 98 746 969 86 158080 136 656 [500] 750 159017 26 27 [500] 411 73 603 [300] 56 748 [300] 88 853
160080 842 161352 557 621 56 917 35 [1000] 162105 362 514 984 163006 85 296 312 451 746 890 921 75 164592 832 956 [1000] 165079 185 219 373 166006 216 362 69 466 167402 42 507 [300] 822 56 168011 85 223 54 334 479 981 169029 181 296 732 69 928 55 95 98
170000 193 314 19 486 842 47 171305 442 172023 197 221 28 315 90 762 842 173121 88 217 325 57 59 733 894 174112 88 471 96 643 175018 87 [300] 438 607 [500] 847 176168 383 402 606 737 78 844 [1000] 99 983 177188 210 [1000] 323 534 42 686 846 982 178099 128 702 179175 267 495 514 35 41 778
180180 288 310 [500] 469 75 638 [3000] 181137 351 541 640 [3000] 705 58 189129 90 [300] 356 917 183158 250 343 [500] 446 65 184094 184 426 500 70 728 185045 139 214 39 [1000] 489 532 692 91 186057 70 182 497 [3000] 81 745 187027 166 266 343 58 417 55 539 627 94 792 937 188179 271 76 [1000] 303 [1000] 571 833 189019 620 934 [1000]
190853 191559 192341 621 709 995 193104 678 850 910 [300] 194118 915 195448 701 43 839 196146 49 252 90 357 68 78 674 998 197016 122 199017 396 [1000] 589 745 806 915
200038 45 212 302 441 615 829 907 201053 96 185 541 947 202699 763 203077 125 82 504 204016 346 560 607 838 205082 102 [500] 226 491 96 845 [3000] 665 797 206145 [1000] 352 435 688 89 851 55 [3000] 207138 442 64 525 796 208017 27 71 563 638 809 970 209200 387 656 703
210249 81 370 625 27 46 [300] 211288 91 557 640 67 753 864 990 98 [500] 212007 77 122 [300] 64 614 986 [300] 213095 393 [300] 580 627 815 911 80 214403 91 830 35 46 85 986 215128 214 700 66 [3000] 829 936 216077 79 167 237 62 957 217027 29 348 52 453 978 218088 [3000] 70 242 479 519 862 219110 55 337 445 552 88 790 93 813 [3000] 999
220091 468 513 [500] 738 952 221217 687 721 963 222219 310 439 692 [300] 852 917 223163 388 [500] 415 536 [500] 224096 319 401 703 961 225045 77 532 [1000]

Berichtigungen. In der Liste vom 4. November nachmittags lies 176728 statt 176729; in der Liste vom 7. November vormittags 15878 statt 50878.

Die Ziehung der ersten Klasse der 200. königlich preußischen Klassenlotterie findet statt am 10., 11. und 12. Januar 1899.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.